

Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 5 Pf. oder durch die Post vierteljährlich 72 Pf. frei ins Haus.

Nr. 12.

Berlin, den 17. Juni 1917.

12. Jahrgang.

Spotten ihrer selbst . . .

Berlin, 11. Juni 1917.

In seiner letzten „großen“ Reichstagsrede im Mai anlässlich der sozialdemokratischen und konservativen Kriegsziel-Interpellationen hat bekanntlich Herr Scheidemann mit der Revolution gedroht. Allerdings nur bedingungsweise. Er hat es wirklich damit nicht böse gemeint. Die staatsmännischen Verbeugungen, die er vorher in seiner Rede vor der Monarchie machte, vor allem aber seine dreijährige burgfriedlich-durchhalterische Kriegsbravheit hätte ihn wirklich vor dem Verdachte bewahren sollen, daß ihm das Wort Revolution mehr sei als eine demagogische Phrase, ein Mittel, um vor ungeschulten Arbeitermassen als radikaler Volkstribun zu posieren. Wir sind überzeugt, daß das gefährliche Wort für Scheidemann weder einen Gedankeninhalt hat noch seine Willensfunktionen irgendwie ernstlich beeinflusst. Höchstens, daß die Revolutionen, die in anderen Ländern gemacht werden, einen Posten in seinen staatsmännischen Kalkulationen bilden.

Aber es ist mit dem Wort Revolution eine eigene Sache. Es wirkt auf gewisse Menschenkinder wie die Teufelsfrage, die die ersten christlichen Anachoreten in ihren fanatisch-überreizten Fieberphantasien sahen und auf die sie in heiliger Lobjucht losschlugen. Auf der andern Seite aber gibt es Leute, die mit dem Worte eine Art Fetischdienst treiben und blind für alle materiellen und psychologischen Tatsachen es so oft wiederholen, wie der tibetanische Mönch sein o mani padme hum. Als ob Revolutionen noch mehr als Kriege nicht das Endergebnis einer Anzahl treibender und gärender Kräfte wären, die man wohl in bestimmte Bahnen drängen, nicht aber durch ein Zauberwort zu plötzlicher Reife, noch viel weniger aber zu dauernder Fruchtbarkeit bringen kann.

Auf die konservativen, ja fast auf alle politischen Kreise des Bürgertums, nicht zuletzt auch auf die Herren der Regierung hat Scheidemanns Revolutionsdrohung die zuerst gekennzeichnete Wirkung erzielt. Am lautesten tobt der heilige Jorn natürlich in der alldeutsch-konservativen Presse, die dadurch in ihrem urwüchsig-feudalen Kampfe gegen den mit allzuviel Bourgeoisethik belasteten Reichstanzler Bethmann-Hollweg neues Material erhielt. Das Zentralorgan der Regierungssozialisten, der „Vorwärts“, dessen derzeit leitender Redakteur im Hauptberufe Reklamedirektor für die Firma Scheidemann ist, hatte alle Hände voll zu tun, die Angriffe der „Deutschen Tageszeitung“, der „Kreuzzeitung“ usw. abzuwehren. Beim Durchstöbern ihrer Zettelkästen machte die „Vorwärts“-Redaktion die großartige, in der politischen Welt aber schon längst bekannte Entdeckung, daß auch in konservativen Kreisen der Revolutionspopanz ein beliebtes Drohmittel ist, wenn die Regierung sich einmal gegen feudale und agrarische Wünsche blind und taub stellte. Das diente dann immer als prasselndes rhetorisches Feuerwerk, das die stille, aber meist erfolgreiche Minierarbeit, die man dank der Beherrschung des staatlichen Verwaltungsapparates und der guten Beziehungen emsig betrieb, mastieren sollte.

Der „Vorwärts“ hatte das Glück, sogar aus der Kriegszeit eine alldeutsch-konservative Revolutionsdrohung aufzutreiben und sie als Retourkutsche gegen die Widersacher Scheidemanns aufzuweisen zu lassen. Es handelte sich um einen Briefwechsel des bayerischen Generals Freiherrn von Gebjattel mit dem Reichstanzler. Der alldeutsche General droht darin mit einer Explosion der lochenden Volksseele, wenn Herr Bethmann-Hollweg nicht ein Regierungsprogramm aufstellt, nach dem halb Europa und noch einige umliegende Ortsschaften für Deutschland annektiert werden sollen. Dieser Briefwechsel stammt schon aus dem Jahre 1915, konnte aber, da damals die Kriegsziel-Erörterungen streng verpönt waren, nicht veröffent-

licht werden. Nur durch Flugblätter der sozialdemokratischen Opposition wurde er weiteren Kreisen bekannt. Auch die heutige „Vorwärts“-Redaktion wird davon gewußt haben, sie hat ihn aber totgeschwiegen, denn seine Veröffentlichung würde die Kreise der regierungssozialistischen Diplomatie gestört haben. Die „Vorwärts“-Redaktion stellte sich auch taub und stumm, als im März dieses Jahres der Gebjattel-Brief im Reichstage zur Sprache kam. Es war Genosse Haase, der ihn in seiner Rede zitierte und die eigenartige Revolutionsphraseologie gewisser staatsrechtlicher Kreise in das rechte Licht setzte. Aber als es nun galt, Freund Scheidemann aus der Tinte zu ziehen, da begann sich der „Vorwärts“ auf die Gebjattel-Episode und er druckte den Briefwechsel ab.

Es zeugt von der ganzen Oberflächlichkeit und Kritikalosigkeit des Scheidemannischen Zentralorgans und der ganzen bürgerlichen und regierungssozialistischen Presse, daß nun auf einmal der Gebjattel-Briefwechsel wie eine Sensation wirkte. Es zeigte sich, wie blind man unter dem Einfluß der Kriegspychose gegen bedeutsame politische Vorgänge geworden ist und wie wenig man die Kräfte zu beurteilen versteht, die durch mehr oder minder scharfe Betonung weitgehender Kriegsziele uns an die Schwelle des vierten Weltkrieges geführt haben. Die sozialdemokratische Opposition hatte nur zu sehr recht, auch unter den Erschwernissen des Belagerungszustandes allen imperialistischen Raketen die Schelle an den Schwanz zu hängen. Sie ist darob von den Regierungssozialisten in Acht und Bann getan worden, jetzt aber, wo diese Herrschaften selbst in die Enge geraten sind, suchen sie sich mit allen Mitteln herauszuhausen.

Die Palme gebührt aber bei dieser tragikomischen Geschichte der J. K., in der jetzt der einstige Leiter der „Chemnitzer Volksstimme“ den neuzeitlichen, feldgrau kostümierten deutschen Sozialismus aufmarschieren läßt. Dieser Herr schreibt über die Wirkung der Gebjattel-Enthüllungen: „Daraus geht hervor, daß eben bei den Reden des Abgeordneten Haase und seiner „unabhängigen“ Freunde schon lange kein Mensch mehr zuhört. Sie können drohen, was sie wollen, — ganz gleich, sie haben sich durch ihre ewigen Brandreden, hinter denen nicht der kleinste Wille zur Tat stand, so lächerlich gemacht, daß es niemanden lohnt, erst noch anzuhören, was sie erzählen. Und das ist eigentlich der beste Witz an der Gebjattel-Enthüllung.“

Der Herr, der so etwas schreibt, gibt sich noch immer als Sozialdemokrat aus. Aber er hat total vergessen, daß von jeher die Totschweigetaktik eins der beliebtesten Kampfmittel war, mit der die Gegner der Sozialdemokratie deren Tätigkeit und Bedeutung aus der Welt zu schaffen suchten. Lassalle, Bebel, Liebknecht und viele andere konnten davon erzählen. Unzählige Forderungen und Kritiken der Sozialdemokratie mußten immer und immer wieder verkündet werden, ehe sie Beachtung in der Öffentlichkeit fanden. Wie mancher bürgerliche Politiker hat sich die eine oder andere lange totgeschwiegene Forderung der Sozialdemokratie zu eigen gemacht, wenn ihm die Konjunktur dafür günstig erschien. Aber sich blind, taub und stumm zu stellen gegen soziale Zustände, proletarische Regungen und Lebensäußerungen einer entschieden sozialdemokratischen Politik war bis in die neueste Zeit hinein eine unserer bürgerlichen Gegnern vorbehaltene Taktik. Der Weltkrieg hat auch darin Wandel geschaffen. Der Regierungssozialismus hat auch auf diesem Gebiete gründlich umgelernt. Ja, er schlägt sein bürgerliches Vorbild noch um eine Nasenlänge: er rühmt sich seiner Wanzentaktik sogar. Aber wenn die Herrschaften auch unendlich viel in dieser Kriegszeit totgeschwiegen haben, einmal wird doch die Zeit kommen, in der ihnen von allen Seiten Ankläger entstehen werden, über die sich

nicht mehr unter dem Schuttdach des Belagerungszustandes wickeln läßt. Und dann wird sich zeigen, auf wen die Massen mehr hören werden, auf die unabhängigen Sozialdemokraten oder auf die Regierungssozialisten mit ihrer selbstgewollten Abhängigkeit.

Saulus Heine.

Der sich zur sozialdemokratischen Partei zählende Abgeordnete Wolfgang Heine, der im „Berliner Tageblatt“ als wortgewandter Advokat während der ganzen Kriegszeit den regierungssozialistischen Kriegswillen und schwärmerische Neuorientierungs-Illusionen in zahlreichen Artikeln vertreten hat, ist über Nacht aus einem Saulus ein Paulus geworden. Für ehrlich sozialdemokratisch empfindende Menschen mußte es oft einen halb peinlichen, halb belustigenden Eindruck machen, wenn er in Duzend Fällen sah, daß im Gegensatz zu dem national überhöhten „Sozialdemokraten“ Heine der Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“, Herr Theodor Wolff, in der Kriegsziel- und Friedensfrage viel ruhiger, vernünftiger und weitblickender urteilte. Jetzt hat aber auch Herr Heine seine Anschauungen revidiert und es für zeitgemäß gehalten, statt schwungvoller Sieges-Blaidopers auch einmal eine Verteidigungsrede für den Frieden zu halten. Er tut das in der Sonntagsnummer des „B. T.“ vom 10. Juni, indem er seine Meinung über Stockholm zum besten gibt. Es hat fast den Anschein, als ob Heine seinen regierungssozialistischen Freunden, die sich jetzt in Stockholm in einer recht brenzligen Situation befinden, beispringen wolle. Denn die früheren Kriegsartikel Heines haben draußen in der sozialistischen Internationale sicherlich sehr viel dazu beigetragen, das leibhaftige Vorhandensein eines neudeutschen Regierungssozialismus in der offiziellen Partei handgreiflich zu demonstrieren. Um den Scheidemann, Ebert, David usw. die Möglichkeit zu geben, sich in Stockholm als ehrliche Friedensmänner aufzuspielen, legt Heine die Kriegsposaune beiseite und greift zur Friedensflöte.

Unser Leser wissen, daß Heine einer der wütendsten Gegner der Opposition ist. Seine maßlosen Temperamentsausbrüche und Schimpfereien gegen die Minderheit in der Fraktion haben viel zur Verbitterung und Vertiefung der Gegensätze beigetragen. Und all das geschah, weil die Opposition seit zwei Jahren eine entschiedene und klare Friedenspolitik von Fraktion und Partei verlangte, weil sie mit aller Kraft auf einen Verständigungsfrieden hindrängte. Das und nichts anderes ist, abgesehen von dem Kampfe gegen die opportunistischen Reformtendenzen der regierungssozialistischen Fraktionsmehrheit, der Ausgangs- und Kernpunkt des Konfliktes in der deutschen Sozialdemokratie. Alles andere ist nur Beiwerk, ist Folgeerscheinung der Ueberhebung, Unzuldsamkeit und Gewaltpolitik der Parteibürokratie. Und jetzt kommen die Leute, die bis vor kurzem in der Fortsetzung des Krieges die einzige Lösung des Weltkonfliktes erblickten, und tun so, als ob sie von jeher ehrlich und entschieden für einen gerechten Verständigungsfrieden eingetreten seien. Jetzt kommt ein Heine und schreibt, daß es höchste Zeit sei, daß sich die Menschheit aus dem „Labyrinth des allgemeinen Wahnsinns“ herausfinde. Derselbe Heine, der am Kriege nicht genug gute, das nationale Leben Deutschlands fördernde und befruchtende Kräfte entdecken konnte und dadurch wader mitgeholfen hat, das Volk in das Labyrinth hineinzuführen. Jetzt kommt Heine, der am 12. Dezember vorigen Jahres im Verein mit seinen regierungssozialistischen Freunden der Regierung nicht genug Hofanna singen konnte, weil sie eine platonische Friedensbotschaft in die Welt gehen ließ; der neßt seinen Freunden mit Klauen und Zähnen gegen die Opposition ankämpfte, die eine ungewöhnliche Erläuterung dieser Friedensbot-

schast verlangte, jetzt konstatiert dieser Heine in bezug auf die Friedensfrage, daß „die Regierung sich leider nicht zu einem offenen Wort entschlossen hat“. Ja, noch mehr! Heine schreibt sogar: „Ein Friede durch gewaltsame Unterwerfung einer der beiden gegnerischen Gruppen ist nicht zu erwarten.“ Das schreibt derselbe Mann, der noch bis vor kurzem Tobsuchtsanfälle bekam, wenn von der Opposition ähnliche Gedanken ausgesprochen wurden. Die Duzende von Zitaten aus Heines Reden und Artikeln ließen sich zum Beweis dafür anführen. Das hindert aber einen Heine ebensowenig wie einen Ebert und Scheidemann nicht, kühn zu behaupten, „die deutsche Sozialdemokratie habe schon längst auf den Frieden hingearbeitet“ und „den Abbruch des Krieges durch einen Verständigungsfrieden“ verlangt. Am Schlusse seines Artikels aber erhebt sich Heine in heroischer Größe: Er fordert auf zur Gründung eines „Volksbundes für einen Verständigungsfrieden!“ Wenn das in Stockholm auf die kritische Internationale keinen Eindruck macht, dann zieht überhaupt nichts mehr.

Wir können abwarten, ob im deutschen Bürger-tum soviel Einsticht, Energie und Bekanntheit vorhanden ist, um unter Heines Führung einem solchen Volksbunde Massenlauf zu verschaffen. Wir haben aber nicht die geringste Sicherheit, daß bei irgendwelcher Aenderung der Kriegslage oder politischen Situation der Paulus Heine wieder in seine Saulusmanieren verfällt. Der Artikel, den er einige Tage später im „Vorwärts“ über die Antwort Wilsons an den russischen Arbeiter- und Soldatenrat schrieb und in dem er sein altes Stiefpferd über die Rolle Deutschlands im Weltkriege ritt, gewährt Ausblick auf mancherlei Möglichkeiten und Wandlungen.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft aber wird gut tun, der Zuverlässigkeit des Friedens-Paulus Heine nicht zu sehr zu trauen. Dazu hat der Kriegs-Saulus zu lange und zu laut gegen die ehrlichen Friedensvorkämpfer geoffert. Er und seine Freunde haben ihren Friedenswillen erst durch die Tat zu beweisen. Die Jultagung des Reichstages wird ihnen dazu Gelegenheit geben. In ihrem Kampfe für den Frieden, für innere Freiheit und die Ziele des Sozialismus darf die Arbeiterschaft sich nur auf das eigene Urteil und auf die eigene Kraft verlassen und nicht Männer zu Führer erwählen, die sich jahrelang in der Rolle von Bundesgenossen der imperialistischen Gewalten gefallen.

Freie Bahn allen Tüchtigen!

Diesen Ruf hört man jetzt allerwärts. Allen Tüchtigen soll freie Bahn gemacht werden. Das klingt liberal, direkt freihetlich. Wer tüchtig ist, der soll bis in die höchsten Stellungen steigen können. So und nicht anders möchte man die Anfindigung verstehen. Die Durchführung dieses Grundgedankes soll eine Reorientierung einleiten. Damit ist zugleich gesagt, daß es bisher anders war. Wer unser Gesellschaftswesen kennt, weiß, daß ein tüchtiger Mensch bisher keine freie Bahn hatte, er weiß aber auch, daß das auch in Zukunft nicht anders werden wird. Stellung und Einkunft ist nicht an Tüchtigkeit gebunden, sondern an Vorrechte der Geburt und des Besitzes.

Wir haben den Kampf gegen alle Vorrechte auf unsere Fahne geschrieben und haben immer und bei jeder Gelegenheit auf dieses Merkmal in unserem Gesellschaftsleben hingewiesen. Welche Bahn den Tüchtigen freigemacht werden soll, werden auch diejenigen nicht wissen, welche diesen Grundgedanken verkünden. Man wird nach wie vor den Tüchtigen die freie Bahn verschließen, die schon ihrer politischen Auffassung nach im schroffen Gegensatz zu den heutigen Staatseinrichtungen stehen. Das wird schon als ein Akt der Selbst-erhaltung angesehen werden. Aendern wird sich nach dieser Richtung hin gar nichts, wenigstens sind wir dieser Meinung. Dafür sorgt auch schon der Umstand, daß die Erwerbung bestimmter Kenntnisse an bestimmte Normen gebunden ist. Da ist das sogenannte „Einfährig-Freiwillige“, das einer haben muß, um bestimmte Stellungen bekleiden zu können. Aber es ist möglich, daß nach dieser Richtung hin eine Reform eintreten könnte. Dann wäre aber auch noch nicht viel gewonnen. Zunächst wäre eine gründliche Reform im gesamten Schul- und Bildungswesen notwendig. Welche immensen Kräfte und Talente schlummern im Proletariat, die heute unentwikkelt bleiben und verdorren müssen. Unser Schulwesen muß auf eine andere Basis gestellt werden. Wir müssen eine Einheits-schule haben, die von allen Kindern besucht werden muß und es muß sich auf dieser Einheitschule das gesamte höhere Bildungswesen aufbauen. Die Kinder der Volksschulen müssen ihren Fähigkeiten entsprechend die Bildung erhalten, die sie benötigen und das muß auf allgemeine Kosten geschehen, wobei auch Unterhaltungs-kosten gewährt werden müssen. Heute sind unsere Schulen Klassen-schulen. Das zeigt sich besonders bei den Vorlesern, den Beamten, den Bankiers, den Grund- und Hausbesitzern, den Fabrikbesitzern soll nicht neben dem Arbeiterkinder sitzen, deshalb muß es in eine Volksschule.

Und nun gar die Gymnasien und Universitäten! Ihr Besuch ist an das große Portemonnaie gebunden. Ge-wiß, es gibt auch kleine Leute, die ihren Kindern den Besuch der höheren Schule — vor allem der Realschule — ermöglichen, vielleicht auch noch des Gymnasiums oder der Universität. Wo das geschieht, legen sich die Eltern große Entbehrungen auf und auch die Schüler anstrengen sich, um ein Stipendium zu erlangen oder sich durch Stundengeben durchzuschlagen. Aber das ist nicht die Regel. In der Regel sind es doch Kinder der Bemittelten, welche die höheren Bildungs-anstalten besuchen. Im wesentlichen ist es also der Reichtum, für den das höhere Bildungswesen ein Monopol ist. Wer bemittelte Eltern hat, hat die Möglichkeit, die höchsten Bildungshäuser besuchen zu können. Ob ein solcher Schüler auch die nötigen Fähigkeiten hierzu besitzt, spielt keine Rolle. Er kann ein noch so großer Dummkopf sein, wenn die Eltern Geld haben, öffnen sich ihm selbst die Tore der Universität. Hiergegen wenden wir uns. Und es gibt auch Pädagogen, die vom pädagogischen Standpunkt aus gegen diesen Zustand aufbegehren und Forderungen stellen, die mit dem von uns erstrebten Schulideal übereinstimmen. Neuerdings hat der Berliner Magistrat den Stadt-verordneten eine Vorlage gemacht, die dem Aufstieg von Kindern in höhere Schulen den Weg frei machen will. Er will eine sogenannte Begabenschule einrichten. Begabteste Gemeindeschüler sollen nach Prüfung von Schulfachlehrern eine besonders einrichtende höhere Schule besuchen können. Bei nachgewiesener Bedürftigkeit sollen Freischule und freie Lehrmittel und bei besonderer Würdigkeit soll vom zweiten Jahre ab eine besondere Unterhaltungsbeihilfe von 100 Mk. gewährt werden.

Oberflächlich betrachtet könnte man diese Reform begrüßen. Das Gute an der Sache ist, daß schultechnische Einrichtungen den Übergang von Gemeindeschülern aus der ersten Klasse auf diese höhere Lehranstalt ermöglichen sollen. Bisher hinderten dem eine Reihe ministerieller Bestimmungen hindernd im Wege. Näher betrachtet, schrumpft die neue Reform sehr kümmerlich zusammen. Im höchsten Falle können jährlich 100 Schüler aufgenommen werden bei rund 150 Gemeindegemeinschaften mit 100.000 Anwohnern. Die Aussicht auf Freischule haben wir heute schon. Es soll im vorliegenden Falle keine bestimmte Prozentzahl angenommen werden. Das ändert an der Sache wenig. Die Hauptfrage ist aber die Frage der Unterhaltungskosten. Arme Eltern können natürlich einen der Schule entwachsenen Sohn nicht jahrelang ernähren und kleiden. Die Freischule allein tut es also nicht. Unterhaltungskosten müssen allgemein gewährt werden. Nun soll das geschehen, indem einige besonders Begabte und besonders Würdige ausgewählt werden. Wenn die Schule gefüllt sein wird, was erst nach Jahren der Fall ist, rechnet man mit 200 Schülern, für welche Unterhaltungskosten gewährt werden. Alle Schüler werden ständig besonders beobachtet und geprüft. Und will diese ganze Reform als eine Reform erscheinen; die etwas sein soll, in Wirklichkeit aber eine wirkliche Reform nur aufhalten wird.

Das ganze Freischulwesen hat schon etwas Fried-riegers an sich, besonders dann, wenn die Freischulen und vor allem der, der Unterhaltungskosten erhält, besonders im Auge behalten wird. Das kann leicht zu einem wahren Martyrium des Schülers werden.

Wenn man schon reformieren will, soll man ganze Arbeit machen. Es gibt keinen anderen Weg als den, welchen wir oben vorzeichneten. Alle Kinder, ob reich, ob arm, besuchen gemeinsam die Volksschule. Das ist schon eine Gewähr für eine gute Volksschule. Das ist doch die Hauptfrage. Und alle die Kinder, deren Fähigkeiten den Besuch höherer Lehranstalten rechtfertigen, gehen auf diese Schulen über und erhalten auf allgemeine Kosten ihre Ausbildung. Ausgeschlossen bleiben auf solche Unbefähigte, deren Eltern ein großes Portemonnaie haben. Denn diese Kinder würden pädagogisch nur einen Schaden für die übrigen Schulbesucher darstellen.

Das allerdings in der heutigen Gesellschaft dieses Schulideal durchgeführt werden wird, diese Hoffnung dürfte bei dem Charakter unserer gesellschaftlichen Ordnung nicht in Erfüllung gehen.

Wochenschan.

Vom 6. bis 13. Juni.

Die Kriegsergebnisse bringen jetzt nach opferreichen Frühjahrskämpfen zum vierten Male Sommerblächen in Sonnenbrand und unter Durstqualen. Bereits am 7. Juni setzte an der Westfront der erwartete Offensivvorstoß der Engländer in Blandern ein. Jede Divisionen stürmten in der Gegend von Ypern auf die deutschen Stellungen. Das Ergebnis war das nachgerade allgewohnte: ein kleiner Geländegewinn, diesmal im Abschnitt Wytschaete-Messines, der wahrlich Opfer an Menschenblut kostete, aber die strategische Lage und noch viel weniger die militärische Gesamtsituation des Vorkriegens nicht wesentlich ändert. Die täglichen Kämpfe einzelner Sturmtruppen und Erkundungsabteilungen im einzelnen zu verzeichnen, ist überhaupt nicht möglich. Das gleiche gilt von den Kämpfen an der italienischen Front. Hier haben die Italiener einen neuen größeren Vorstoß am 9. Juni auf der Karstschloße gemacht, ohne den österreichischen Verteidiger erschüttern zu können. Auch in Südtirol, im Suganatal und im Gebiete der sieben Gemeinden sind die Italiener nach längerer Pause dazu übergegangen, ihre Absichten auf Trient militärisch durchzusetzen. Gelungen ist ihnen das ebensowenig, wie sie ihr opfervolles An-

rennen an der Nonzofront dem Biele Triest näher gebracht hat.

Im Auslande stehen die politischen Ereignisse im Zeichen des Kampfes zwischen den zum Frieden drängenden Kräften und den imperialistischen Gewalten. In Frankreich hat der Ministerpräsident Ribot im Senat im gleichen Sinne gesprochen, wie wir in der vorigen Wochenschan von seiner Kammerrede berichtet haben. Ueberaus bezeichnend für die Charakterlosigkeit der Regierungsozialisten im allgemeinen und der französischen im besonderen ist, daß die letzteren in der Kammer bei einem Vertrauens-votum für Ribot diesem zugestimmt haben. Die Verweigerung der Pässe für Stockholm, die in Wirklichkeit ein Schlag ins Gesicht war, wird von den Reichssozialisten damit beantwortet, daß sie dieser Regierung ihr Vertrauen aussprechen. Immerhin zeigte diese Abstimmung eine erhebliche Zunahme der sozialistischen Minderheit im Parlament. — Auch in der verflochtenen Woche haben die Streikbewegungen in Frankreich fortgedauert.

In England hat die Bewilligung der Pässe an die Vertreter der sozialistischen Minderheit viel Staub aufgewirbelt. Das Verhalten der Regierung ist dabei ebenso kühn wie das eines Teiles der nationalistisch verfeuchten Arbeiterschaft. Die Regierung hat die Gewährung der Pässe an Macdonald usw. an die Bedingung geknüpft, daß die englischen Delegierten in Stockholm nicht mit Unterthanen des feindlichen Auslandes zusammenkommen dürfen, ein Verlangen, das ebenso engherzig wie zwecklos ist. Ein Teil der durch den verschärften U-Bootkrieg verbitterten organisierten Seelente hat sich geweigert, auf den Schiffen Dienst zu tun, auf denen die Delegierten die Ausreise nach Stockholm antreten wollten. Es hieß sogar, daß sie die Delegierten in einer Hafenstadt gefangen hielten. Neuerdings wird aber gemeldet, daß sich schottische Seelente bereit erklärt hätten, den Delegierten die Fahrt nach Stockholm zu ermöglichen. Im übrigen hört man aus England Löhne, die uns deutschen Unabhängigen nur zu vertraut klingen. Ganz wie bei uns die Legien, Braun usw. werden in England Macdonald und die Seinen von den kriegspatriotischen Arbeiterführern als „Anarchisten“ und im deutschen Solde stehend denunziert. Ueberall weist der Regierungsozialismus die gleiche Renegatenerbarmlichkeit auf.

In Rußland scheinen die Mächte der Gegenrevolution etwas ruhiger geworden zu sein. Jedenfalls helfen ihnen imperialistische Elemente Englands. Denn die englische Tagespresse ist eifrig am Werke, allerlei Sensationmeldungen über anarchische Zustände und große Truppenmeutereien in Rußland in die Welt zu senden und den Arbeiter- und Soldatenrat zu diskreditieren. Den bürgerlichen imperialistischen Kreisen Rußlands und den hohen Militärs, die ganz natürlich der Revolution im tiefsten Innern das entgegenbringen und sich nur widerwillig dem revolutionären Druck gefügt haben, den Rücken zu steifen. Der Wunsch der Entente-Imperialisten läuft darauf hinaus, die russische Armee wieder zu einer Offensive zu bringen, um an der Westfront mehr Luft zu erhalten. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat sich aber dafür ausgesprochen, daß die Frage der Offensive erst dann spruchreif für ihn sei, wenn die Entente die Friedensformel: keine Annexionen, keine Entschädigung, angenommen hätten. In den letzten Tagen haben die Ententeregierungen geantwortet. Den An-lana hat Nordamerika gemacht. Aus dem Schreiben des Präsidenten Wilson spricht deutlich der Konflikt, in dem sich die Professoreneitel dieses Mannes mit den kriegstreibenden kapitalistischen Verpflichtungen als Oberhaupt einer Bourgeoisrepublik befindet. Es bedarf gar keiner Frage, daß alle Sozialisten von einer Propaganda des Weltfriedens und der demokratischen Freiheit durch die Nordmächte imperialistischer Regierungen nichts wissen wollen. Daher glauben wir, daß Wilsons Note auf den russischen Arbeiter- und Soldatenrat keinen überzeugenden Eindruck machen wird. Die Antwortnote der englischen Regierung an Rußland ist diplomatisch sehr geschickt abgefaßt. Sie macht allerlei platonische Zugeständnisse an die russische Auffassung und stellt sogar eine Prüfung, eventuell sogar eine Revision der Ententeabmachungen und Kriegsziele in Aussicht. Aber auch hier ist mehr auf die Taten als auf die Worte der Regierungen zu geben. Die Antwort der französischen Regierung läßt das Siegesphantom aufmarschieren und verlangt natürlich die Wiedererwerbungen Elsass-Lothringens. Der ganze Notenwechsel beweist aufs neue, daß von den Regierungen nichts für die Ausbahnung eines baldigen und dauernden Verständigungsfriedens zu erwarten ist, und daß die Völker viel energischer ihren Friedenswillen bekunden müssen. Mit regierungssozialistischen Methoden ist dabei natürlich nichts zu erreichen. — Der Kronstädter Konflikt ist noch nicht

beigelegt. Die Selbstständigkeitsbestrebungen des dortigen Arbeiter- und Soldatenrates finden bei der Flotte eine starke Stütze. Ueber Maßnahmen der provisorischen Regierung gegen Kronstadt ist zurzeit nichts bekannt. Soweit bei den unklaren und unzuverlässigen Meldungen ein Urteil möglich ist, handelt es sich in Kronstadt um das Vorgehen eines Teiles der extrem-radikalen Peningruppe, die jede Zusammenarbeit mit bürgerlichen Elementen ablehnt und deshalb gegen die provisorische Regierung ankämpft. Wir können uns nicht anmaßen, über die derzeitigen Zustände und Kräfteverhältnisse in Rußland ein absolutes Urteil zu fällen. Wir können daher von hier aus nicht entscheiden, ob eine dünne Oberschicht von Intellektuellen und Industriearbeitern, die Kerntruppe der russischen Revolution, in der Lage ist, ein Volk von über 100 Millionen ungeschulten Bauern und vielen Nationalitäten, deren politische Energie allerdings durch die Revolution geweckt ist, mit einem Schlage in die sozialistische Gesellschaftsform herüberzuführen. Jedenfalls sollten aber die Lenin und seine Anhänger gewissenhaft prüfen, ob sie durch ihr Vorgehen nicht den Mächten der Gegenrevolution wieder in den Sattel helfen. — Mitgeteilt zu werden verdient, daß die russische Regierung jetzt auch eine Frau mit dem Posten eines Staatssekretärs betraut hat. Eine Gräfin Panin, die auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge tätig war, hat diesen Posten im Ministerium für Wohlfahrtspflege und Fürsorge erhalten. — Der Kriegsminister Kerenski hat den Oberbefehlshaber der russischen Westfront, den General Gurkow, der sein Abschiedsgesuch eingereicht hatte, strafweise zum Divisionsgeneral degradiert. Auch ist auf seine Anregung ein scharfes Gesetz gegen die zahlreichen Fahnenflüchtigen des Heeres erlassen worden.

In Oesterreich hat die Tagung des Reichsrates zunächst nichts weiter als lange Auseinandersetzungen über die Geschäftsordnung und die Sprachenfrage gezeitigt. Am 12. Juni konnte der Ministerpräsident Glan-Martinis endlich sein Regierungsprogramm entwickeln. Danach soll an den „festen Grundlagen“ der Doppelmonarchie nichts geändert werden, wohl aber werden „erfüllbare“ Konzessionen an „wirkliche Volksbedürfnisse“ in Aussicht gestellt. Auch betonte der Ministerpräsident die handelspolitischen Abmachungen mit Deutschland, Bulgarien und der Türkei. Interessant ist, daß bei Beginn der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses auch der „Zensurvertrag“ in Gestalt zweier höheren Offiziere im Parlament einzog.

In Ungarn hat sich endlich ein Nachfolger für Tisza gefunden. Der neue Ministerpräsident ist ein Graf Eöhrhazy, der der aristokratischen Opposition angehört. Inzwischen hat das ungarische Volk und vor allem die Arbeiterchaft in Budapest machtvoll für ein freies Wahlrecht demonstriert. Hunderttausend Menschen nahmen an der Demonstration teil; viele Geschäfte, sogar die Schulen waren am Demonstrationstage geschlossen.

Auch in Schweden hat es in der vergangenen Woche Demonstrationen für die Wahlreform gegeben. In Stockholm ist es zu einigen Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, als die Massen während der Verhandlungen des Reichstages demonstrierten.

In Norwegen hat die große Forderung eine große Demonstrationsbewegung unter Führung der Sozialdemokraten hervorgerufen, bei der die Arbeiter einen Tag feierten und auch Geschäfte und Schulen geschlossen waren.

In Spanien ist eine Ministerkrise eingetreten, die ihre Ursache in dem Wahlen einflußreicher militärischer und politischer Kreise hat, die Spanien in den Krieg auf Seite der Entente hineintreiben möchten. Der neuernannte Ministerpräsident Dato wird als Vertreter einer entschiedenen Neutralitätspolitik bezeichnet.

In Italien hat sich der Minister des Auswärtigen Sonnino einen Genestreich geleistet. Er hat über die Köpfe seiner Ministerkollegen hinweg die Unabhängigkeit Albaniens proklamiert und die griechische Stadt Janina besetzen lassen. Die Unabhängigkeit Albaniens steht natürlich vorläufig nur auf dem Papier, denn die Regelung der Balkanverhältnisse kann erst auf dem kommenden Friedenskongress erfolgen. Das Vorgehen Sonninos hat aber einen Konflikt im italienischen Ministerium und große Verstimmung bei den Imperialisten Frankreichs und Englands zur Folge gehabt.

In Griechenland hat die völlig verworrene Lage den König Konstantin zur Abdankung zugunsten seines Sohnes Alexander veranlaßt.

Die amerikanische Republik San Domingo hat die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen. Die deutsche Regierung hat das gleiche

getan mit der Republik Haiti, deren Geschäftsträger in Berlin die Pässe zugeheftet erhielt.

In Stockholm haben die Vertreter der deutschen Regierungsozialisten ihre erste Vorbesprechung mit dem skandinavisch-holländischen Komitee gehabt. Was die Herren Scheidemann, Ebert und David nach dem offiziellen Bericht gesagt haben, war für deutsche Leser absolut nichts neues. Ein wortreiches Hervorheben der Friedensdeklamationen, die bis auf dem heutigen im schreienden Gegensatz zur tatsächlichen Kriegspolitik unserer Regierungsozialisten gestanden haben. Das Ausland tut den Herren bitter Unrecht, wenn es sie als Beauftragte der deutschen Regierung bezeichnet. Die Regierung hat gar nicht nötig, ihnen irgendwelche Aufträge zu geben. Die politischen Daten, und darauf, nicht auf die Worte kommt es an, die die Herren im Parlamente getan, die Gewaltstreich, die sie sich in der Organisation geleistet haben, zwingen ihnen von ganz allein jetzt in Stockholm eine Stellung auf, die einer Vertretung des deutschen Regierungspunktes gleichkommt. Dadurch werden die Scheidemann auf dem ausschlaggebenden Kongress des russischen Arbeiter- und Soldatenrates in eine sehr peinliche Situation geraten. Das scheint man in gewissen Kreisen zu ahnen und daher wird es verständlich, daß zunächst einmal die J. K. allerlei häßliche Anzuspinnungen an die Adresse des russischen Arbeiter- und Soldatenrates richtet, z. B. in der Kronstädter Angelegenheit, die sie — wie geistreich! — mit der elsaß-lothringischen Frage in Parallele stellt.

Die in Stockholm weilenden Gewerkschaftsführer haben nach einer kürzeren Beratung vereinbart, erneut einen internationalen Gewerkschaftskongress auf den 17. September in der Schweiz einzuberufen.

In der inneren Politik Deutschlands hat die vergangene Woche eine ganze Anzahl Vorgänge gebracht, die grelle Schlaglichter auf die deutschen politischen Zustände werfen. Leider verhindern Raumangel, Burgfrieden und Belagerungsanstand, daß sie in einer für Arbeiterleser verständlichen Form an dieser Stelle gewürdigt werden.

So hat der unseren Genossen satfam bekannte Reichsverband gegen die Sozialdemokratie endlich einmal seine angeborene Sprache wiedergesunden. Er hat, zunächst noch etwas schüchtern, eine Kampfanlage gegen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei in die Welt gehen lassen, was diese mit großer Seelenruhe hinnehmen kann. Wir gratulieren den Regierungsozialisten zu diesem Bundesgenossen gegen die „Deber“, „Anarchos“, „Landesverräter“ usw., dem sie durch ihren blindwütigen Haß gegen die Opposition das Arsenal haben füllen helfen.

Zu derselben Zeit, in der die Scheidemann in Stockholm sich angeblich für einen Verständigungsfrieden ins Zeug legen, hat ein wertgeschätztes Mitglied der regierungsozialistischen Partei, Herr Göhre, es für angebracht gehalten, in Raumanns „Hilfe“ für eine imperialistische Einfront-Politik mit Rußland gegen England eine Lanze zu brechen. Eine sonderbare Interpretation des Begriffs Verständigungsfrieden! Einige Tage zuvor hatte sich ein anderes geschätztes Mitglied der regierungsozialistischen Partei, Herr Wrenz, für den verhängten U-Bootkrieg und für Bewilligung der kommenden Kriegskredite ausgesprochen. Auch eine recht wirksame Mitarbeit für Stockholm.

In Leipzig hat der Unterstaatssekretär der Kolonien, Dr. Solf, eine Rede über die deutsche Kolonialpolitik gehalten, in der er die Rückgabe der Kolonien an Deutschland und die Schaffung eines zusammenhängenden afrikanisch-deutschen Kolonialreiches verlangt. Die Alldeutschen sind mit diesem Programm nicht zufrieden und fordern neben noch mehr Afrika auch die flandrische Küste mit Antwerpen als maritimen Stützpunkt für ein großes deutsches Kolonialreich. Im Lager der Regierungskolonisten ist man natürlich für das „gemäßigte“ Kolonialprogramm des Herrn Dr. Solf zu haben, obgleich auch dieses nach dem Kriege auf Jahraebnte ungeheure Geld- und Menschenkräfte zum Wiederaufbau der Kolonien erfordern würde. Ja, es gibt „sozialdemokratische“ Kolonialpolitiker, deren exotische Herausforderungen sich in Richtung der alldeutschen Wünsche bewegen. Als ob es für Sozialisten gar keine anderen Möglichkeiten zur Lösung des Kolonial- und Rohstoff-Problems gäbe als die imperialistische.

Am 9. und 10. Juni hat ein Preuentag der Fortschrittler stattgefunden, auf dem manche schöne Rede über Neuordnung und parlamentarische

Regime, Osterbotschafts-Hoffnungen, Frauenwahlrecht, preußische Wahlreform und Mittelstandsrettung gehalten wurde. Es genügt aber, an das Verhalten der Fortschrittler im Verfassungsausschuß zu erinnern, um den alten liberalen Gegensatz zwischen Worten und Taten zum Bewußtsein zu bringen.

Im badischen Landtage hat die Regierung das heisse Liebeswerben der von Koltz geführten Regierungsozialisten mit einer kalten Dusche beantwortet. Die Antwort des Ministers lief darauf hinaus, daß man der Sozialdemokratie ein freundliches Gesicht zeigen wolle, solange sie darauf verzichtet — sozialdemokratische Forderungen zu vertreten. Das wird einen Regierungsozialisten vom Schlage Koltz natürlich nicht in seinem Reformeifer und seiner monarchischen Ergebenheit tören.

Der Führer der preußischen Konservativen, Herr v. Seydebrand, hat dieser Tage in einer Rede erzählt, daß ein Admiral ihm gesagt habe, in zwei Monaten sei England durch den U-Bootkrieg niedergewungen. — Man wird sich diese Prophezeiung merken müssen.

Mit Herrn v. Seydebrand hat sich kürzlich ein anderer, etwas sozialer denkender Konservativer, Herr Thimme, auseinandergesetzt. Herr Thimme ist bekanntlich der Herausgeber des Harmoniebuches der Zwanzig, in dem auch Scheidemann, Legien, Binnig, Heinrich Schulz usw. ihre „sozialdemokratische“ Weisheit zum besten gegeben haben. Herr Thimme wirft Herrn v. Seydebrand vor, daß er kein Verständnis für die deutsche Arbeiterschaft habe, ein Vorwurf, der sicherlich berechtigt ist. Auch nennt Herr Thimme Herrn v. Seydebrand den „Totengräber“ der konservativen Partei. Der offene, in dem „Grenzboten“ veröffentlichte Brief Thimmes hat natürlich in der Presse einiges Aufsehen erregt. Auch das regierungsozialistische Zentralorgan hat davon Notiz genommen. Nur einen, für die Arbeiter besonders interessanten Passus dieses Briefes hat er seinen Arbeitern vorenthalten. Nämlch folgenden:

„Der Broenersche Aufruf an die Rüstungsarbeiter hat eher einen ungünstigen Eindruck in den beteiligten Kreisen hervorgerufen. Das Hauptverdienst an der raschen Beilegung des Streiks, oder um es vorsichtiger auszudrücken, ein Hauptverdienst, gebührt den Tag und Nacht fortgesetzten Anstrengungen der Partei- und Gewerkschaftsführer um die Beilegung des Streiks. Hier zeigt sich in Wahrheit wie völlig fern der überwältigenden Mehrzahl der Sozialdemokratie der Gedanken an eine Revolution lag und liegt.“

Da der Stampfer „Vorwärts“ gegen seine sonstige Gewohnheit, die Verdienste der Partei- und Gewerkschaftsführer bei dieser Gelegenheit nicht in das rechte Licht gesetzt hat, wollen wir das von ihm Versäumte an dieser Stelle nachholen.

Der „Vorwärtsverlag“ bittet um Hilfe aus dem Stadtsäckel.

Ein eigenartiger Antrag ist von der Vorwärtsbuchdruckerei und Verlagsanstalt Singer & Cie., Keller, Petersburger Platz 4, an die Grundeigentumsdeputation der Stadt Berlin gerichtet. Sie legt dar, daß ihr Betrieb außerordentlichen Rückgang habe, die Zahl der Abonnenten auf den „Vorwärts“ und der Buchhandel sei in der Spedition außerordentlich zurückgegangen. Es falle unter diesen Umständen die Zahlung der Miete ihr außerordentlich schwer, sie bäten deshalb, die Miete um 25 Prozent zu ermäßigen. Die Miete für die Räume (einen Laden, eine eisenstrige Stube und eine Küche) beträgt zurzeit den außerordentlich niedrigen Preis von 800 Mk. Der Verlag bittet, die Miete auf 600 Mk. herabzusetzen. In der Grundeigentumsdeputation erregte dieser Antrag einer Firma, die früher einen Millionen betragenden Jahresumsatz hatte, das lebhafteste Befremden. Man wies darauf hin, daß Mieteermäßigungsanträge von Kriegerfrauen, kleinen Geschäftslenten, Restaurateuren usw. berechtigtes Entgegenkommen nach Möglichkeit gefunden hätten. Erhalten müsse man aber darüber sein, wenn große Firmen, wie Koffe, Ullstein, die Deutsche Tageszeitung etwa solche Anträge stellen. Solche Anträge, zu deren Stellung die Selbstachtung honorierter Firmen bewahre, würden selbstverständlich abgelehnt sein. Die Berliner Steuerzahler seien nicht dazu da, um ein Defizit zu decken, das eine Firma mit oder ohne ihr Verschulden erlitten hätte. Es erübrige sich, die Verlegung der Bücher der Wittkellerin zu verlangen. Ein solches Begehren müsse grundsätzlich abgelehnt werden. Verwunderung müsse es erregen, daß gerade die Vorwärtsbuchdruckerei und Verlagsanstalt Singer & Cie. solchen Antrag auf eine Liebesgabe aus der Tasche der Steuerzahler zu stellen gewagt habe. Der Antrag wurde mit allen Stimmen gegen die Stimme des Stadtverordneten Basner abgelehnt.

Darnach wird also den Magistrat und die Stadtverordneten der Antrag nicht wieder beschäftigen, es

sei denn, daß die Bittstellerin ihre Liebesgabenbitte bei diesen Instanzen wiederholt. Schade, wenn das unterbliebe. Es würde in diesem Fall in der breitesten Öffentlichkeit das Verfahren der Vorwärtsbuchdruckerei und Verlagsanstalt Singer & Cie. gebührend gekennzeichnet werden können. Vielleicht hat die Bittstellerin, gezeichnet „Vorwärtsdruckerei und Verlagsanstalt Singer & Cie., Keller“ die Panzerstirn zur Wiederholung ihres Gejuchs. Wer als Nachfolger des wegen seiner politischen Gesinnung vom Vorwärtsverlag gekündigten Genossen Jöschel als Expeditur eintrat, von dem ist es nur konsequent, für die Vorwärtsbuchdruckerei und Verlagsanstalt als angeblicher Sozialdemokrat ein Geschenk von 200 Mk. jährlich aus städtischen Mitteln zu erbitten. Der Vorfall wirkt übrigens ein bezeichnendes Licht auf die finanzielle Lage des Vorwärtsverlages.

Aus den Organisationen.

Dritter Wahlkreis. Dienstag, den 19. Juni, abends 8 Uhr, Generalversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Wahl desselben. 2. Stellungnahme zur Groß-Berliner Generalversammlung.

Der **Unabhängige Wahlverein Neukölln** zieht sämtliche Bücher ein zwecks Titeländerung. Die Mitglieder werden gebeten, den Funktionären bereitwillig entgegen zu kommen.
Der Vorstand.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 17. Juni, vorm. 9 Uhr, Doppel-Allee 15/17; Neukölln, Idealcasino, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Clarastr. 2; Freireligiöse Vorlesung. — Vorm. 10½ Uhr, Kleine Frankfurterstr. 6; Vortrag von Herrn Ernst Däumig: Wanderungen durch die Kirchengeschichte. VI. Ketzereibewegungen. — Gäste willkommen.

Arbeiter-Samariterbund, Rosonne Groß-Berlin.

Lehrstunde haben nächste Woche, abends 8½ Uhr: 1. bis 6. Abteilung Montag, den 18. Juni 1917, Köpenicker Straße 62. Vortrag. Nach demselben praktische Verbandsübungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Sonntag, den 17. Juni, Familien-Ausflug nach Jungfernhöhe. Treffpunkt nachmittags zwischen 2—3 Uhr im Vergnügungspark, Tegler Weg 74/76.

„Männer- und Frauenchor Ost“. Am Sonntag, den 17. Juni, nachm. 4 Uhr, findet im „Schwarzen Adler“, Lichtenberg, (am Bahnhof Frankfurter Allee), ein Sommerfest, bestehend aus Gesangsvorträgen von Männer, Frauen und gemischten Chören, Künstlerkonzert und Spezialitätenvorstellung statt. Eintrittskarten 40 Pf. sind nur im Vorverkauf bei den Mitgliedern: P. Schneider, Dufelandstr. 81, Laden; F. Masche, Kopernikusstr. 1, Laden; D. Grawert, Wilhelm-Stolzstr. 23, Laden; M. Raffenth, Marienburger Straße 7; M. Staar, Weinstr. 6; Frau Vater, Friedrichsfelder Straße 12; H. Nerkmann, Gr. Frankfurterstr. 16, Laden; W. Domnick, Möbelgeschäft, Frankfurter Allee 96, zu haben.

Berlin VI, Jugendsektion. Am Mittwoch, den 20. Juni, abends 8½ Uhr, im Jugendheim I, Brunnensstraße 70. Zusammenkunft der jugendlichen Genossinnen und Genossen. Vortrag über: **Georg Herwegh.**

Der **Bezirk Reinickendorf-Ost** veranstaltet am Sonntag, den 17. d. M. einen Familien-Ausflug nach Hermsdorf. Treffpunkt vormittags 10 Uhr Bahnhofs-Uhr Schönholz, für Nachzügler 1 Uhr Restaurant Kaiserhof Bismarck, Bahnhof Hermsdorf. Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Die Bezirksleitung.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Wegen Verlegung der Schule nach der **Schicklerstr. 5**, ist die Bibliothek bis auf weiteres geschlossen. Die Leser werden dringend ersucht, die noch ausstehenden Bücher an den nächsten Donnerstagen, spätestens am 21. d. Mts. abzuliefern.

Verlegung des Verbandsbüros.

Das **Verbandsbüro** befindet sich vom **1. Juli ab**

Berlin O²⁷, Schicklerstraße 5.

Briefe und Geldsendungen bitten wir vom **1. Juli ab** nach der neuen Adresse zu richten.

Verband der Wahlvereine.
Redaktion des Mitteilungsblattes.

Genossinnen und Genossen!

Werbt für Euer Mitteilungsblatt! Sorgt für keine weite Verbreitung! Schickt das Mitteilungsblatt ins Feld, damit unsere Genossen, die dranhin schwere Pflicht erfüllen, sich über die Parteivorgänge, insbesondere über die Groß-Berlins, unterrichten können.

Der „Vorwärts“ ist nicht mehr das Organ der Berliner Arbeiterkraft und der Berliner Parteigenossen; er hat diesen Anspruch längst verwirkt. Das beweist er selber tagtäglich.

Sett andere Parteiblätter an seiner Stelle, insbesondere unser „Mitteilungsblatt“!

Todesanzeige.

Freunden und Genossen die schmerzliche Mitteilung, daß unser seit dem 1. August 1914 im Felde stehender lieber Sohn, Bruder und treusorgender Vater

Paul Leid

am 8. Juni 1917 als Opfer des entsetzlichen Völkermürgens gefallen ist.

Er stand in einem Alter von 28 Jahren und lebte zu unserer Freude mit tiefer Ueberzeugung unserer proletarischen Sache. Unsere und seine Hoffnung, bald wieder mit uns zu kämpfen, ist nun dahin.

Carl Leid und Frau.

Villi Leid und Trudchen

als Frau und Töchterchen.

Selma Pahl geb. Leid.

Gertrud Leid.

Max Leid u. J. im Felde.

Walter Dendorfer.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres unvergeßlichen Vaters, Schwieger- und Großvaters

Hermann Bartsch

sagen wir den Mitgliedern des Verbandes der Maler und des Wahlvereins, sowie Herrn Maier für seine tröstlichen Worte am Sarge des Entschlafenen unseren tiefgefühltesten Dank.

Im Namen aller Hinterbliebenen:

Johanna Bartsch,
geb. Barnieske.

Berlin, im Juni 1917.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

3. Wahlkreis.

Im Westen fiel auf Vorposten am 29. Mai 1917 der Genosse, Schankwirt

Emil Hiller

Stalitzerstr. 1, Bezirk 141.

Im fernen Osten starb der Genosse, Schlosser

Ernst Kochel

Briegerstr. 10, Bezirk 141.

4. Wahlkreis.

Am 2. Juni fiel im Alter von 82 Jahren unser Bezirksführer, der Metallarbeiter

Georg Diehr

Strahmannstr. 81, Bezirk 348, Abt. 31.

6. Wahlkreis.

Am 8. Juni fiel der 28-jährige Tischler

Paul Leid

Briegenerstr. 9, 18. Abt., Bez. 818 a.

Wahlverein Henkolln.

Als Opfer des Weltkrieges fiel unser Genosse, der Maler

Julius Linke

Sobrechtstr. 83, 2. Bezirk.

Am 16. Mai fiel der Sattler

Karl Melchert

Elbestraße 28, 6. Bezirk.

Als Opfer des Weltkrieges fiel der Tischler

Otto Hanke

Sobrechtstr. 8, 2. Bezirk.

Ein Opfer des Weltkrieges wurde unser Genosse

Max Donath

Beserstr. 4, 2. Bezirk.

Auf dem Schlachtfelde gefallen ist der Schlosser

Wilhelm Huhn

Reuterstr. 61, 2. Bezirk.

Ehre ihrem Andenken!

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umg.

Sonntag, den 24. Juni 1917, vormittags 10 Uhr, in der „Germania“, Chausseestraße 101:

General-Versammlung

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Kassendbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Bericht des Bildungsausschusses. Bericht über den Stand der Jugendbewegung. 4. Wahlen der Verbandsleitung: Vorsitzenden, Kassierer und Schriftführer; Wahl von 5 Revisoren sowie 5 Vertreterinnen der Frauen. 5. Bestätigung der Kommissionen. 6. Referat.

Delegiertenkarte legitimiert.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis. (A. E. B. D.)

General-Versammlung

am **Dienstag, den 19. Juni 1917, abends 8 Uhr**, in **Habels Brauerei-Ausschank**, Bergmannstraße 5/7.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Revisoren. 2. Diskussion. 3. Event. Neuwahl des Gesamtvorstandes und der Kommissionen. 4. Anträge zur Verbandsgeneralversammlung und Wahl der Delegierten hierzu.

Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

General-Versammlung

des **Unabhängigen sozialdemokr. Wahlvereins für den 4. Berl. Reichstagswahlkreis** am **Dienstag, den 19. Juni 1917, abends 8½ Uhr**, in den „**Andreas-Festhallen**“, Andreasstraße 21.

Tagesordnung: 1. Vorstandsbericht. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Stellungnahme zur Verbands-Generalversammlung Groß-Berlin. 5. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand. J. A. B. Hoffmann.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 19. Juni, abends 8 Uhr, in den „**Pharusfälen**“:

Kreis-Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Kassendbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Beratung eingegangener Anträge. 4. Wahl des gesamten Vorstandes, des Kreis- und für den Verband. 5. Sonstiges. Die Genossen werden ersucht, für rege Beteiligung der Versammlung Sorge zu tragen.

Der Vorstand.

Die Kriegsernte der Aktionäre.

Das industrielle Kapital hält reiche Ernte. Den Aktionären der verschiedenen Gesellschaften fließen nicht nur kräftig erhöhte Dividenden zu, sie können sich überdies an Extrazugewinnen in den mannigfachen Formen erfreuen. Bald gibt es als Zugabe einen Bonus, dann wieder neue Aktien zu niedrigem Kurse oder vollständig gratis; einige Gesellschaften kaufen auch Kriegsanleihen aus Ueberschüssen, die den Papierinhabern als Sondervergütungen für ihre schwere Arbeit überlassen wurden. Wahrlich: das „Handwerk“ der Aktionäre hat einen goldenen Boden!

Meistens geben die Geschäftsberichte über die tatsächlichen Gewinne keinen Aufschluß. Man verschleierte viel; die Deffentlichkeit soll möglichst im Unklaren darüber bleiben, wie hoch die Kriegsgewinne sind.

Der Verschleierung dienen verschiedene Methoden. Die eine Gesellschaft erhöht das Aktienkapital aus Ueberschüssen, jene verzichtet auf die Vereinnahmung von Kursgewinnen, indem sie diese vollständig oder zum Teil den Aktionären zustehen läßt, wieder eine andere zahlt ganz neue Anlagen aus nicht verteilten Gewinnen, die vierte sammelt gewaltige Reserven an.

Oft ist bei ein und derselben Gesellschaft die Anwendung aller solcher Verschleierungsmethoden notwendig, um die Fälle des Gewinnsteigens zu vertuschen. Der Deffentlichkeit wird die Kontrolle über den Umfang der verschleierte Ueberschüsse durch Buchungskünste verwehrt. Vielfach werden z. B. aufgeschobene Reserven unter Debitoren, also gleich Schulden, eingestellt. Das gibt dann natürlich ein falsches Bild von dem wirklichen Vermögensstand des Unternehmens.

Trotz all dieser Praktiken werden doch noch sichtbar große Gewinne ausgeschüttet. Um zu zeigen, wie sich das in manchen Industrien angelegte Kapital verhält, machten wir die folgende Zusammenstellung. Sie umfaßt drei Gesellschaften: Die A.-G. für Anilin-Fabrikation, Berlin-Treptow, die Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co., Leverkusen, sowie die Albin-Rottweiler Pulverfabriken. In der Uebersicht sind die Ergebnisse der letzten 6 Jahre zusammengestellt. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß große Summen für Abschreibungen, für verschiedene Reservefonds, für die Kriegsgewinnsteuer, für die Zwecke der Uebergangswirtschaft usw. in der Abrechnung nicht erscheinen; sie waren bereits vor der Festlegung des Ueberschusses abgezogen worden. Wir können nur den ausgewiesenen Gewinn angeben, und die Art seiner Verwendung. Danach ergibt sich dieses Bild:

Reingewinn	149 990 070 Mk.
Dividende und Bonus	110 647 040 „
Zantieme	6 337 981 „

Das Aktienkapital der Gesellschaften betrug zusammen: 1911 33,5, im nächsten und dem folgenden Jahre 66,5, 1914 und 1915 90,3, im Jahre 1916 106,8 Mill. Mk. Dennoch sind in den 6 Jahren 109,5 Proz. des im letzten Jahre an der Gewinnausschüttung beteiligten Kapitals als Dividende und Bonus verteilt worden. Die Papierinhaber könnten also schon sehr gut zufrieden sein, wenn in den vorstehenden Nachweisungen der ganze Ueberschuss der Unternehmen zum Ausdruck käme. Das ist jedoch nicht der Fall. Nur ein Teil der Gewinne ist sichtbar und ein noch kleinerer Teil ausgeschüttet worden.

Die Abschreibungen, soweit sie zahlenmäßig angegeben worden sind, belaufen sich auf 91,7 Mill. Mk. Sie erreichen fast die Höhe des erst im letzten Jahre beteiligten Aktienkapitals. Dieses Kapital entstammt zum Teil vorfabrierten Ueberschüssen. Welche Summen für Renanschaftungen den Betriebsmitteln entnommen sind, darüber enthalten die letzten Geschäftsberichte keine Angaben. Durch die Renanlagen, die schon bezahlt sind, hat man sich bereits auf die Friedenswirtschaft eingerichtet; außerdem sind für solche Zwecke auch noch große Summen als offene und stille Reserven, weiter noch erhebliche Beträge als Gewinnsteuerreserve aufgeschoben worden. Für 1915 hatte die A.-G. für Anilin-Fabrikation für Renanlagen allein 2 Mill. Mk. aus laufenden Mitteln entnommen.

Einen Anhalt über die Steigerung des inneren Wertes der Anlagen geben die allerdings auch nur unvollständig vorgelegten Vermögensausweise der Unternehmen. Wir stellen nachfolgend die Guthaben zusammen, sie umfassen die Vorbestände, Wechsel, Effekten, Beteiligungen, Gläubiger, sowie die Vorräte. Die A.-G. für Anilin-Fabrikation hat jedoch keine Angaben über ihre Vorräte, die Gesellschaft Bayer keine über ihren Effektenbesitz gemacht. Soweit die Angaben reichen, ergeben sie folgende Summen:

	1916	1915
Guthaben in Mill. Mk.	310,30	227,80
Beteiligungen	94,56	126,88
Ueberschuss der Guthaben	215,74	101,01

Demnach haben sich im letzten Jahre die Guthaben um 114,83 Mill. Mk. erhöht. Dabei ist jedoch wiederum zu beachten, daß in den Verpflichtungen nicht kontrollierbare Reserven und Beträge der Kriegsgewinnsteuer enthalten sind. Deren Abzug würde die Verpflichtungen wahrscheinlich noch viel weiter unter die Guthaben hinabbringen.

In noch einigen anderen Abschlüssen mag gezeigt werden, was „verdient“ wird und wie man Gewinne mittelbar den Aktionären zustehen läßt. Die Sprengstoffwerke „Glückauf“ in Hamburg verteilen für das Jahr 1916 rund 100 Proz. Dividende. Außerdem wird das bisher 600 000 Mk. betragende Aktienkapital verdoppelt. Die alten Aktionäre erhalten die neuen Papiere zum Kurse von 105 Prozent. Damit heimfen sie also noch einen erheblichen Kursgewinn ein. Der Verein für chemische Industrie in Mainz gibt den Aktionären für das Jahr 1916 25 Prozent Dividende und 5 Proz. Bonus. Weiter wird das Aktienkapital um 900 000 Mk. erhöht. Die alten Aktionäre bekommen die neuen Aktien mit der Maßgabe, daß die Hälfte des

Betrages dafür aus dem Spezialreservefonds bezahlt wird. So bekommen die Bezugsberechtigten billige Papiere, die sich noch hoch verzinsen.

Entschieden noch besser verhält die „Kronprinz“ A.-G. für Metallindustrie das Aktienmachen. Sie verteilt „nur“ 15 Proz. Dividende. In diesem Satz soll auch für die Zukunft festgehalten werden; in Wirklichkeit jedoch bekommen die Inhaber 30 Prozent. Man hat nämlich beschlossen, das Aktienkapital um 6,5 Mill. auf 12 Mill. Mk. zu erhöhen und die neuen Papiere vollständig aus Ueberschüssen zu bezahlen. Zunächst erfolgt eine Teilzahlung in Höhe von 40 Proz.; in den nächsten Jahren wird der Rest aus dem Gesellschaftsvermögen gedeckt.

Die Abschläge und die Gewinnverteilungen zeigen deutlich, in welchem Maße die gewerblichen Unternehmen jetzt Kiese geschäfte machen und daß der Krieg für sie tatsächlich die Quelle einer ungeheuren Reichtumsvermehrung ist. Ganz anders liegen die Verhältnisse für die Arbeiterklasse. Die erlangten höheren Löhne sind nur scheinbar ein Vorteil, denn die Preise für alle Lebensbedürfnisse sind kräftiger hinaufgerückt als das Einkommen der Arbeiter, so daß sich ihre Kaufkraft nicht gesteigert hat. Sie müssen angestrengter tätig sein und sind dabei auf eine verschlechterte Ernährung angewiesen. Dagegen haben sie die Gewissheit, daß der Reich der neuen Steuern, die uns aus den Kriegsschulden erwachsen, an ihnen nicht vorüber geht. Die Vorteile bleiben den Unternehmern vorbehalten, alle Nachteile den Arbeitern.

Aufsichtsräte.

Ein Posten als Aufsichtsrat ist gewöhnlich ein sehr einträgliches. In der Hauptsache besteht es aus der Mühe, jährlich Lantimen einzuhaken. Es ist eine gute, die nicht nur in einer Gesellschaft Aufsichtsratsstellen, sondern sehr viele solcher Posten in der Stadt vereinigen. In welchem Umfange das zu ist, zeigt ein Blick in das Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte (Jahrgang 1917). Ein Auszug, den wir im Berliner Tageblatt finden, gibt darüber folgende Auskunft:

Bei dem Geheimen Kommerzienrat Louis Hagen in Köln zählen wir 50 Aufsichtsratsposten. Der Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft Karl Fürstberg ist Deputierter des Zentralausschusses der Reichsbank und bekleidet 55 Aufsichtsratsposten. Der Mitinhaber des Bankhauses S. Reichröder, Dr. v. Schwabach, hat 42 Aufsichtsratsstellungen inne und gehört ebenfalls dem Zentralausschuss der Reichsbank als Deputierter an. Demgegenüber erscheint der Mitinhaber des Bankhauses Mendelssohn & Co. Robert v. Mendelssohn außer als Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank mit nur zwei Aufsichtsratsposten (Berliner Hagel-Affektanz-Gesellschaft von 1892, Bank des Berliner Kassenvereins), Franz v. Mendelssohn, der Präsident der Berliner Handelskammer, hat gar keine Aufsichtsratsstelle inne. Simon Alfred Freiherr v. Oppenheim, Inhaber des Bankhauses Sal. Oppenheim jun. & Co., gehört der Verwaltung von 40 Aktiengesellschaften oder Gewerkschaften an. Hugo Stinnes in Wählheim a. d. Ruhr ist siebenmal Aufsichtsratsvorsitzender und dreizehnmal Mitglied des Aufsichtsrats oder eines Grubenvorstandes, steht also insgesamt zu 40 Gesellschaften in Beziehung. Walter Rathenau gehört dem Aufsichtsrat von 39 Gesellschaften an, die allerdings zum Teil als Tochtergesellschaften der A. G. zu bezeichnen sind. Bankdirektor Oskar Schlitter (Deutsche Bank) bekleidet 31 Aufsichtsratsposten, der Geheimen Justizrat Maximilian Kempner hat 21 Aufsichtsratsstellen; bei 10 von den 33 Gesellschaften, denen er angehört, ist er Vorsitzender des Aufsichtsrats. Daß die gleiche Anzahl von Aufsichtsratsstellungen, nämlich 32, hat Kommerzienrat Peter Albiner in Duisburg inne. Curt Sobernheim, Direktor der Commerz- und Diskonto-Bank, bekleidet 30 Aufsichtsratsposten, Geheimen Oberfinanzrat v. Alving, Direktor der Darmstädter Bank, hat seine Arbeitskraft dem Aufsichtsrat von 29 Gesellschaften zuzuwenden, und Geh. Kommerzienrat Eugen Gutmann, Direktor der Dresdener Bank, ist Aufsichtsrat von 28 Unternehmungen. 23 Aufsichtsratsposten hat Geheimen Kommerzienrat Alexander Lucas zu versehen. Die gleiche Zahl von Aufsichtsratsstellen hat der Direktor der Nationalbank für Deutschland, Dr. Hjalmar Schacht, inne. Generalkonsul Eugen Landau gehört 22 Aktiengesellschaften an; bei 13 von diesen 22 Gesellschaften ist er Vorsitzender des Aufsichtsrats. Der Geheimen Kommerzienrat Georg Arnold wird im Adreßbuch mit 21 Aufsichtsratsmandaten aufgeführt. Fast die gleiche Zahl — 20 — erreichen die Aufsichtsratsstellen des Direktors der Deutschen Bank, Arthur v. Gwinner. Dr. Arthur Salomonsohn, Geschäftsinhaber der Diskonto-Gesellschaft, ist Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank und gehört dem Aufsichtsrat von 19 Gesellschaften an. Max Schintel in Hamburg, gleichfalls Geschäftsinhaber der Diskonto-Gesellschaft, bekleidet 19 Aufsichtsratsposten. Bei dem Geheimen Kommerzienrat Emil Rirdorf beträgt die Zahl der Aufsichtsratsstellen 18. Der Reichstagsabgeordnete Ernst Baffermann ist Vorsitzender des Aufsichtsrats von 8 Gesellschaften und gehört den Verwaltungen sieben weiterer Gesellschaften als stellvertretender Vorsitzender oder als Aufsichtsratsmitglied an. Geheimen Regierungsrat Prof. Dr. Paasche (Vizepräsident des Reichstages) hat 11 Aufsichtsratsstellungen, der Präsident des Reichstages, Dr. Kämpf, ist Vorsitzender des Aufsichtsrats der Darmstädter Bank und der Terratin-Akt.-Ges. Carl Bieleben, ferner Deputierter des Zentralausschusses der Reichsbank, und gehört dem Aufsichtsrat von 4 Aktiengesellschaften als stellvertretender Vorsitzender oder als Mitglied an. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Roefide hat 7 Vorstands- und Aufsichtsratsposten; der Zentrumsabgeordnete Eraberger ist hingegen nur dem Aufsichtsrat der Akt.-Ges. Stahlwerk Thyssen verpflichtet.

Die vorstehende Zusammenstellung zeigt einmal die Zusammenhänge der verschiedenen Gesellschaften und ihre Interessensphäre auf, dann aber beweist sie, wie „schwer“ die Aufsichtsratsposten sein müssen, die es zulassen, daß eine Person einige Tausend solcher Stellen bekleiden kann. Wie hoch mögen sich die Entschädigungen für die Aufsichtsräte jährlich wohl belaufen, die sie müheolos einzusetzen haben?

Aus der Bewegung.

Generalversammlung des Kreises Niederbarnim. Am Sonntag, 10. Juni, fand die Generalversammlung des Kreiswahlvereins der Unabhängigen Sozialdem. Partei Deutschlands, Nieder-Barnim, im Café Bellevue, Pfläzchen, statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Vorstands- und Anwesendberichts; 2. Wahl des Vorstandes; 3. Referat über „Organisation und Agitation“. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Genosse Wisse den Geschäfts- und Vorstandsbericht, welcher als ein für uns sowie für die Gesamtpartei recht erfreulicher zu betrachten ist. Desgleichen war auch der Kassenbericht, welchen die Genossin Brühl erstattete, gemessen und betrachtet nach den Verhältnissen der Kriegszeit so, daß er ebenfalls als ein zufriedenstellender bezeichnet werden kann. Eine Diskussion über die gegebenen Berichte fand nicht statt. Die Wahl des Vorstandes wurde auf Antrag des Genossen Ritter en block vollzogen und wurde der bisherige Vorstand, bestehend aus den Genossen Wisse als erster, Genosse Stein als zweiter Vorsitzender und Genossen Richter, Schriftführer, wiedergewählt. In die Prekominmission wurden die Genossen Ruelius-Weissensee und Genossin Brühl-Richtenberg entsandt.

Genosse Ritter und Viejegang sprachen den Wunsch aus, daß die neugewählten Mitglieder der Prekominmission bei einem eventuellen Erscheinen einer eigenen Presse für die Opposition dahin wirken möchten, daß dieselbe im Sinne und im Geiste des internationalen Sozialismus redigiert werde, soweit es unter den Zensurverhältnissen möglich sei. In die Schiedsgerichtskommission für Groß-Berlin wurde Genosse Wiedemann-Friedrichshagen gewählt. Für die Kinderkommission wurde die Genossin Mätzsche-Niederschönhausen, als Obmannin der Frauen die Genossin Kiesel ebenfalls wieder gewählt. Des weiteren wurden für den Obmann des Kreisjugendausschusses Genosse Sommerfeld, in die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg Gen. Viejegang und für den Aktionsausschuss Genosse Wisse und die Genossin Brühl gewählt. Als Revisor für Groß-Berlin wurde Genosse Ernst Andrej-Weissensee, sowie für Nieder-Barnim die Genossen Berger, Ritter und Rühl wieder nominiert. Ein vom Vorstand eingebrachter Antrag: „Zur Unterstützung des Vorstandes, sowie im Interesse eines besseren Zusammenarbeitens der Genossen im Kreise einen Beitrag von den jeweiligen Bezirksleitern der drei größten Orte des Kreises zu bilden“, wurde einstimmig angenommen. Als die Bezirke wurden Lichteberg, Panlow und Reinickendorf-Ost bestimmt. Nach einem sehr interessanten, von allen Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit und lebhaftem Beifall begleiteten Referat des Genossen Eichhorn über „Organisation und Agitation“ ging die von 118 Delegierten besuchte Generalversammlung gegen 2 Uhr nachmittags zu Ende.

Friedrichshagen. Auf die von verschiedenen Seiten, auch von Genossen aus dem Felde, an uns gerichteten Anfragen teilen wir mit, daß der frühere Vorsitzende, jetziger Parteispaltungsapostel Köderitz, die sich widerrechtlich angelegene Vereinskasse weder an den Kreisvorstand noch an uns bis heute abgeliefert hat.

Der Vorstand: J. A. Rawrock.

Die Regierungsozialisten der Provinz Brandenburg hielten am 3. Juni in Berlin eine Konferenz ab. Im Anschluß an eine Aussprache über die politischen Tagesfragen wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Die Kreisgeneralversammlung bekräftigt die frühere Zustimmung des Zentralvorstandes der Provinz Brandenburg zur Stellung der Reichstagsfraktion in der Frage der Landesverteidigung. Sie erklärt, daß die Bewilligung der Kriegskredite nicht im Widerspruch steht zu dem Programm und den Grundsätzen der Partei, den Beschlüssen der Parteitage oder internationalen Kongresse. Die Partei war gezwungen, sich in ihrer Kriegspolitik bewußt an die Seite des eigenen Volkes zu stellen. Jede andere Haltung hätte als Parteinahme zugunsten der kapitalistischen Regierungen der gegnerischen Länder gewirkt. Die Generalversammlung begrüßt es mit Genugtuung, daß die Partei gleichzeitig nichts unversucht ließ, um Verhandlungen mit den Bruderparteien der am Kriege beteiligten und neutralen Länder zu erreichen, die zur Beendigung des Krieges ein gleichmächtiges Handeln der Arbeiter aller Länder herbeizuführen geeignet waren.“

Die vom sozialdemokratischen Parteivorstande vorgelegene Tagesordnung für den Parteitag wurde von der Versammlung einstimmig gebilligt.

Daß die Entschließung einstimmig gebilligt wurde, ist bei der Zusammenziehung der Konferenz selbstverständlich, sind doch alle Elemente ausgeschieden, die in Brandenburg entschieden sozialdemokratisch denken. Aber auch in Brandenburg haben bereits verschiedene Ortsvereine ihren Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei vollzogen. Die Stimmen mehrten sich, die mit der Fackelpolitik nichts zu tun haben wollen. Auch Brandenburg wird von uns erobert werden, wenn planmäßig gearbeitet wird. Auch den Fackelleuten wird noch helles Licht aufgesteckt werden.

Der sozialdemokratische Verein für den Stadt- und Landkreis Erfurt hat in einer Mitgliederversammlung am 7. Juni zur Kreisgeneralversammlung in Arnstadt Stellung genommen und mit 78 gegen 38 Stimmen beschlossen, dem Beschluß der Kreisgeneralversammlung auf Uebertritt in die Unabhängige Sozialdemo-

Traktische Partei beizutreten und den Anchluss des Sozialdemokratischen Vereins Erfurt zu vollziehen.

In der Debatte erklärten einige Genossen, ein Friedrich und Reichard, auch sie ständen in Opposition gegen den Parteivorstand und seine Politik, könnten aber eine Trennung nicht aufheben. Man müsse in der Partei bleiben. Diese Meinung wurde aber von der Mehrheit der Genossen nicht geteilt, die der Ansicht war, nachdem der Parteivorstand die Partei in eine nationalistische umgewandelt habe, sei es Pflicht der Genossen, die auf dem Boden der alten Partei ständen, auch ihren Anschluss an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei zu vollziehen. So wurde denn auch beschlossen.

Der Sozialdemokratische Verein für Halle und den Saalkreis hat in seiner am Sonntag, den 3. Juni 1917 abgehaltenen außerordentlichen Kreisgeneralversammlung einmütig seinen Anschluss an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei vollzogen. — Vorsitzender des Vereins ist der Reichstagsabgeordnete A. Albrecht. — Bis jetzt haben sich die Kreise Halle-Saalkreis, Merseburg-Querfurt, Mansfelder See und Gebirgskreis und Torgau-Liebenwerda der Unabhängigen Sozialdemokratie angeschlossen. — Es ist zu hoffen, daß der ganze Kallationsbezirk Halle geschlossen der Unabhängigen Partei beitrete.

Eisenach. Auf der Konferenz der Vertreter aus dem 2. Weimarer Wahlkreis, die am Sonntag in Eisenach tagte, wurde nach eingehenden Auseinandersetzungen mit 16 gegen 4 Stimmen der Anschluss an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands beschlossen.

Aus Chemnitz wird uns berichtet: Am 5. Juni fand eine gutbesuchte Versammlung des Vereins der Unabhängigen Sozialdemokraten von Chemnitz und Umgebung statt. Erfreulicherweise hatten sich viele Genossinnen eingefunden. Unter Parteiangelegenheiten wurde beschlossen, eine intensive Hausagitation für die Partei zu veranstalten, dabei soll vornehmlich für die Gewinnung von Abonnenten auf das neue Frauenorgan gearbeitet werden. Die Genossinnen halten eine solche Tätigkeit für den geeigneten Protest gegen die Maßregelung der Genossin Zetkin.

Im weiteren Verlauf der Versammlung nahm man Stellung zur geplanten Stockholmer Sozialistenkonferenz. Die lebhafteste Aussprache über die Aussichten, die der proletarischen Internationale auf dieser Konferenz blähen, führte, nachdem alle Taten der Firma Scheidemann für die internationale Arbeiterbewegung während des Krieges nochmals gewürdigt wurden und besonders des Streiches gegen die internationale Sekretärin gedacht war, zur einstimmigen Annahme nachstehender Resolution:

„Die Mitgliederversammlung der Unabhängigen Sozialdemokraten von Chemnitz und Umgebung bedauert, daß die U. S. P. D. keine Zeitschrift bekanntgegeben hat, wie sich die Delegierten auf der Konferenz zu stellen gedenken. Die Versammelten schätzen sich dem Schreiben Mehrings vollinhaltlich an und wünschen von den Delegierten, daß sie es ablehnen, mit den Scheidemannern gemeinsam zu tagen. Ferner spricht die Versammlung das Verlangen aus, daß sich die Delegierten der U. S. P. D. in der Friedensfrage auf den Boden der Zimmerwalder Linken stellen. Ansonst die Chemnitzer Mitgliedschaft nicht in der Lage ist, die Delegierten — auch als ihre Vertreter anzuerkennen.“

Auch wir haben wiederholt den Standpunkt vertreten, daß die Vertretung der U. S. P. D. in Stockholm nur ihre eigene selbständige Politik vertritt, und soweit wir unterrichtet sind, wird das auch für ganz selbstverständlich gehalten.

Erinnerungen

aus dem Kriegsjahr 1870.

Von Franz Mehring.

Anfang Oktober 1914 veröffentlichte Genosse Franz Mehring die nachstehenden Erinnerungen. Da sie damals unter den ersten Wirkungen des Krieges fiebers nicht die verdiente Beachtung fanden, wollen wir sie hier unseren Lesern zur Kenntnis bringen. Genosse Mehring schreibt:

In den letzten Novembertagen des Jahres 1869 war ich in die Redaktion der „Zukunft“ eingetreten. Im Burgfrieden hinterpommerscher Landstädten aufgewachsen, hatte ich mich mit der lautereren Milch preussischer Gesinnung genährt und noch beim Abiturientenexamen auf dem Gymnasium Greiffenberg in Pommern die erste Note erhalten über das allmächtige Thema: Preußens Verdienste um Deutschland. Auf der Universität hatte sich mein Gesichtskreis erweitert; ich las die „Volkszeitung“ und die „Zukunft“, und ich schwankte anfangs, welcher der beiden Zeitungen ich meine literarischen Erfindungen darbringen sollte. Aber Rabbi Bernsteins talmudistischer Scharfsinn war schließlich nicht ganz mein Geschmack und ich sollte erst ein halbes Menschenalter später sein Nachfolger werden; einwillen fesselte mich, zumal da meine literarischen Neigungen noch ungleich stärker waren als meine politischen, die seine und unvermeidliche Feder, die Guido Reich in der „Zukunft“ führte.

Sie war das Organ Johann Jacobys und im Jahre 1867 gegründet worden, um aus den entscheidenden Elementen der Fortschrittspartei wieder eine bürgerliche Demokratie zu sammeln, die diesen Namen verdiente. Es gelang ihr jedoch nur einen kleinen Kreis zusammenzubringen, der teils aus Intellektuellen, namentlich Ärzten, bestand, wie denn Reich selber ursprünglich Mediziner war, teils aus Industriellen, die allangesehene Firmen angehörten (Hefner, d'Heureuse, Epinler) oder auch, wie Paul Singer, Junge und selbstgemachte Männer waren. Aber so ausgezeichnet und tüchtig die Jacobyten als einzelne Personen

Der Kreisstag des sozialdemokratischen Vereins Torgau-Liebenwerda hat nach lebhafter Aussprache auf Antrag des Kreisvorstandes den Anschluss an die Unabhängige Partei mit 14 gegen 2 Stimmen beschlossen. 2 Delegierte und der Reichstagskandidat wollten, obwohl sie zur Opposition stehen, die Entscheidung bis nach dem Parteitag der Regierungssozialisten aufschieben. Nachdem dann aber die entscheidende Abstimmung erfolgt war, wurde gegen die Aenderung des Vereinsstatuts im Sinne der Unabhängigen Partei kein Widerspruch mehr laut.

Die Schmaldeburger Organisation hat sich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angeschlossen.

Die Wahlkreisorganisation von Sieben-Ridda lehnte mit 18 gegen 14 Stimmen den Anschluss an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ab. Dies „Mehrheitsvotum“ steht auf recht bedenklichen Füßen. Für den Antrag auf Anschluss an die Unabhängige Partei stimmten 12 Delegierte aus Orien, deren Mitgliederzahl zur Zeit noch 210, gegen den Antrag ebenfalls 12 Delegierte aus Orien mit insgesamt 62 Mitgliedern. Dinzü kamen mit Stimmrecht 7 Kreisvorstandsmitglieder und ein Vertreter des Parteigeschäfts. Von diesen 8 stimmten 6 gegen, 2 für den Uebertritt zur U. S. P. Das Ergebnis kam zustande dank eines Wahlsystems, das jeder Filiale bis 25 Mitglieder je 2 Delegierte, und für jede weitere 50 Mitglieder einen weiteren Delegierten einräumt. So wurden die oppositionellen Vertreter der größeren Parteilorte durch Vertreter kleiner Mitgliedschaften und Kreisvorstandsmitglieder majorisiert. Doch falsch dürfte die Annahme sein, damit die große Mehrheit der Mitglieder der Siebener Wahlkreisorganisation, die für den Anschluss an die U. S. P. eintritt, auf die Dauer niederhalten zu können.

Aus Breslau. Die Breslauer Volkswacht, das Organ der Regierungsozialisten, ist von der Gründung einer Ortsgruppe der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei recht unangenehm berührt. Um nun die Ortsgruppe verächtlich zu machen, werden die Gründer und Mitglieder als Fäuler und Stänker verschrien. Auch will sie nicht böse sein, wenn alle diejenigen, die sich im Sozialdemokratischen Verein als Fäuler und Stänker betätigen, Anschluss bei der Unabhängigen Organisation suchten. Entwicklungsfähig werde die neue Gruppe nicht sein, sie werde eines Tages als Schmetterlingsfänger und Barschläufer ein Ende nehmen. Hoffentlich folgt nun noch ein Entwürfsbrief eines Feldtrauen und die neue Bewegung ist tot.

Je mehr unsere Gegner spotten, desto mehr fürchten sie uns, das ist ein alter Erfahrungssatz, darum können wir die geistvollen „Witze“ der Volkswacht lachend antworten. Das Blatt hat übrigens während des Krieges in Verdrehungen und Verleumdungen so Großes geleistet, daß der Name kaum noch auffällt.

Jeder soll dahin gehen, wo er hin gehört; der Ansicht sind auch wir, deshalb auch die vielen Uebertritte zur Unabhängigen Partei. Nur die Fäuler und Stänker werden dort bleiben, weil das eben die führenden Geister im Sozialdemokratischen Verein sind. Ist nicht in jeder Versammlung der persönliche Janz und Stanz der „Führenden“ ausgetragen worden. Haben nicht erst die letzten Versammlungen, denen nur Regierungsozialisten anwohnten, mit Ach und Krach geendet und ihren Abschluss vor einem bürgerlichen Schiedsgericht gefunden. In welchem Lager befanden sich die Herausgeber der Extra-Zirkulare, die eine Sprache führten, die bei ernsten, überlegten Arbeitern nicht üblich ist. Wurde nicht eine Kommission gewählt, um die Klöße zu reinigen. Die Kommission ist heute noch nicht zusammengetreten, weshalb? Sollte das Gedächtnis während der Kriegs-

sein mochten, so entscheidet in der Politik wie im Kriege nicht der papierne, noch so geistreiche Operationsplan, sondern der liebe Gott ist immer mit den großen Battaljonen, und lutz zur Zeit, wo ich in die Redaktion der „Zukunft“ eintrat, war ihr Kreis zu der Ueberzeugung gelangt, daß er eine nähere Fühlung mit der Arbeiterklasse nehmen müsse.

Es sollte geschehen durch die Rede über das Ziel der Arbeiterbewegung, die Johann Jacoby am 20. Januar 1870 im Neuen Gesellschaftshause am Kottbuser Tor hielt; in der Form eines Redenschaftsberichtes, den er als Abgeordneter des zweiten Landtagswahlkreises vor dessen Wählern erstattete. Diese Wähler kamen sehr zahlreich, aber es waren Sozialdemokraten, die Schweizer zum Vorstehenden wählten. Jacoby war klug und konsequent genug, seinen Bericht zu erhalten, im Unterschied von seinem Abgeordneten Ronge, der nach Fortschrittlerfittie davon lief. Es war eine imposante Versammlung, die erste, über die ich einen Bericht erstattete.

Die Rede Jacobys wurde aufmerksam angehört, obgleich sie sehr lang war und mit matter Stimme vorgetragen wurde; sie war mehr ein abgelesener Vortrag, der bereits im Druck vorlag. Das Gute daran hatte sich Jacoby aus Lassalle und Marx zusammengelesen, das Minder Gute sich vom Statistiker Engel jonnstieren lassen, neben dem Jacoby im Abgeordnetenhaus saß, namentlich die Gewinnbeteiligung, für die Engels damals eine gewaltige Reklame machte. Auf die Hörer konnte die Rede schon deshalb keinen Eindruck machen, weil sie den proletarischen Klassenkampf verlegnete, auf den die Berliner Sozialdemokraten eingeschworen waren. Schweizer hatte denn auch leichtes Spiel mit Jacoby, der kein starrer Debatter war, und auf Hasenclevers Antrag beschloß die Versammlung, daß Johann Jacoby manche sozialistischen Wahrheiten in sich aufgenommen habe, aber auf halbem Wege stehen geblieben sei.

Inzwischen führten die „Zukunft“ und ihre Freunde fort, an der Hand von Jacobys Programmrede eine neue demokratische Partei zusammenzubringen. Die Sache hatte aber ihre Schwierigkeiten, und sie war

zeit schwach geworden sein, so können wir ja einiges in Erinnerung bringen und dann den Breslauer Genossen das Urteil überlassen, wo Arbeiterinteressen und Parteiarbeit geleistet wird, oder wo Janz und Stanz betrieben wird. Wir gönnen den Sozialpatrioten das Vergnügen, unsere Bewegung herabzusehen, es muß ja einmal der Belagerungszustand fallen und dann erfolgt die Generalabrechnung. Inzwischen aber werden wir für das Wachsen unserer Partei unablässig wirken.

Farbe bekennen. In der obersten Zeitung der Regierungsozialisten scheint es in der neuesten Zeit kräftig zu rumoren, so daß nun endgiltig reiner Tisch mit allen Opponenten gemacht werden soll. Wie wir aus Nürnberg erfahren, besteht dort die Absicht — zweifellos auf Anregung des Parteivorstandes hin — alle Parteibeamten, Führer usw. vor die Alternativen zu stellen, daß sie sich erklären, ob sie zukünftig zur Mehrheitsrichtung oder zur Partei der Unabhängigen gehören wollen. Das ist recht so, wird aber gar manchem böses Kopfzerbrechen machen.

Der Parteitag der Schweizer Sozialdemokraten trat am Sonnabend in Bern zusammen. Mit großer Mehrheit wurde den Beschlüssen von Kienthal zugestimmt.

Die Beteiligung an der Stockholmer Konferenz machte der Parteitag abhängig von der Entscheidung der dritten Zimmerwalder Konferenz, die vor der allgemeinen internationalen Stockholmer Konferenz stattfinden soll.

Die Sonntagsitzung des Parteitages war ausgefüllt mit der Erörterung der Militär- und Landesverteidigungsfrage. Die Diskussion war sehr lebhaft. Schließlich wurde die Pflicht zur Landesverteidigung abgelehnt mit 22 gegen 77 Stimmen.

Flugblattprozess. Das Reichsgericht hat die wegen Verbreitung des auf der internationalen Frauenkonferenz in Bern 1915 des verurteilten Landesverrats Angeklagten Dietrich, Kruse, Zimmer und Westmeyer freigesprochen und die Kosten der Reichskasse auferlegt. Die Angeklagten Schwarz und Wintergerst wurden wegen Verbreitung des Flugblattes: Der Hauptfeind steht im eigenen Land! wegen Aufreizung zum Klassenhass zu einer Gefängnisstrafe von je drei Monaten verurteilt, die als durch die Unterjochungshaft für verächtlich erklärt wurde. Das Verfahren gegen die erkrankte Genossin Klara Zetkin und im Felde schwer verletzten Lithographen Hans Tittel wurde abgefordert.

Für die Frauen.

Die neue „Gleichheit“. Von der neuen „Gleichheit“ weiß die dem Parteivorstand ergebene Presse zu berichten. Sie sei mit dem 8. Juni unter der neuen Redaktion von Marie Juchacz und Heinrich Schulz erschienen. In einem Einleitungsartikel legt sie dar, wie der Parteivorstand zur Entlassung Klara Zetkins gekommen ist und daß die Partei der Genossin Zetkin eine außergewöhnliche Duldsamkeit entgegengebracht habe, obwohl unsere tapfere Genossin dem Parteivorstand sehr unbequem war. Deutscherisch wird unsere Genossin, der leidenschaftlichen Kämpferin und unermüdeten Arbeiterin, wie der hochintelligenten Führerin der sozialdemokratischen Frauenbewegung und der „Gleichheit“ Dank dargebracht. Das Blatt erklärt, nunmehr die demokratische Unterordnung unter die Beschlüsse der Mehrheit vertreten zu wollen. Ein starkes freies Deutschland sei die erste Vorbedingung für eine starke und freie deutsche Arbeiterbewegung, sowie für die Fortentwicklung der deutschen Kultur und so fort. Die Pöbelworte aus dem Munde eines Heinrich Schulz in Verbindung mit seinem „Pro-

noch längst nicht unter Dach und Fach, als im Sommer 1870 der Krieg hereinbrach. Er begrub natürlich diese Anfänge und schaufelte auch der „Zukunft“ das Grab. Aber den Krieg selbst hat sie noch durchgehalten, ohne ihren demokratischen Grundsatzen etwas zu vergeben und auch ohne große Zusammenstöße, bis auf ein paar kleine Abenteuer.

In Königsberg beantragte ein patriotischer Professor, namens Maurenbrecher, die „Zukunft“ aus dem akademischen Besatzkreis auszuschließen, da sie „die Gemüter der Jugend veräufte“. Das war soweit ganz nett und gereichte beiden Teilen zum Nutzen. Für die „Zukunft“ war eine hübsche Reklame gemacht und Herr Maurenbrecher hat später die Ehre gehabt, den Prinzen Wilhelm, den heutigen Kaiser, in deutscher Geschichte zu unterrichten.

Etwas tragischer gestaltete sich das zweite Abenteuer. Stephan war kurz vorm Kriege zum Generalpostmeister ernannt worden und hatte in der Errichtung der Feldpost gleich ein kleines Meisterwerk geliefert; er war damals noch ganz in seiner genialen Periode und besah also noch etwas von der Ralität des Genies. Er hatte ein amtliches Rundschreiben an die ihm untergebenen Behörden gerichtet, worin er die Besorgung der „Volkszeitung“ und der „Zukunft“ für die Armeelazarette in Frankreich anordnete und sich dafür auf einen Wunsch der Kronprinzessin bezog. Entlegte Kamachenkümpfe berichteten das Unerhörte an den alten Kaiser, den die Verurteilung auf die Kronprinzessin noch tiefer tränkte als selbst die Empfehlung der „Volkszeitung“ und der „Zukunft“. Sein empöertes Gemüt wurde schließlich durch Bismarck beschwichtigt, der Stephan nicht mißsen wollte und konnte, aber die beiden Blätter wurden — als „gesunde Jungen“, wie der „Kladderadatsch“ scherzte — aus den Armeelazaretten verwiesen.

Somit ist die „Zukunft“ gänzlich unbeeinträchtigt geblieben, und nicht minder der „Sozialdemokrat“, in dessen Spalten Haselmann namentlich seit Sedan eine außerordentlich scharfe Polemik gegen die Friedens- und Kriegspolitik der Regierung führte, eine kaum minder scharfe Klinge, als sie Stebnecht gleichzeitig im

gramm" sind eine Beleidigung für die Genossin Zeitin, die sich derartige heuchlerische Jeremiaden sehr verbittet. Aber wahr ist: Es ist eine neue „Gleichheit“, die mit der alten „Gleichheit“ nicht das mindeste zu tun hat und mit der auch die proletarische Frauenbewegung nichts gemein hat. Hoffen wir, daß es gelingt, unseren Genossinnen bald wieder ein Frauenblatt geben zu können, das mit der alten „Gleichheit“ klare sozialistische Erkenntnis und den alten Kampfcharakter gemein hat.

Frauen bei den Pariser Streiks. Wir lesen in der Z. N.: Die Pariser Streikberichte gestalten einen Rückschluß auf die große Ausdehnung, die auch in Frankreich die Frauarbeit seit dem Kriege erfuhr. Den Anstoß zu der in seiner Folge ganz Paris umfassenden Bewegung gab der Streik der Schneiderinnen der sogenannten „midinettes“. Auch die zunächst dem Streik sich anschließenden Arbeiterinnen gehörten Berufs an, in denen die Frauen längst heimisch sind, es waren die Strickerinnen, Modistinnen, Konfektionären, Spitzenarbeiterinnen, Putzmacherinnen, Wäschearbeiterinnen, Plätterinnen, Verkäuferinnen. Es folgten in einigem Abstand die Restaurantangestellten, Limonadenverkäuferinnen, Radnerinnen, Telefonistinnen, Telegraphistinnen, Bank- und Handelsangestellten, schließlich Fabrikarbeiterinnen verschiedenster Art, darunter u. a. eine Menge Papierarbeiterinnen, Schokoladenarbeiterinnen bei Suchard, Seberinnen. Auch die Fischverkäuferinnen in den Markthallen veranlaßten ihre große Vergangenheit nicht, nur waren die „Gallendamen“ der großen französischen Revolution nicht, wie die heute Streikenden, abhängige Angestellte der großen Fischhändler. Interessant ist die lange Liste der für die Militärverwaltung arbeitenden Frauen, die sich am Streik beteiligten. Wir finden militärische Desinfektorinnen, Gasmaskearbeiterinnen, Militärknopfabrikarbeiterinnen, Käpimacherinnen, Kautschukarbeiterinnen, Chemikerinnen, Militär-Sattlerinnen, Schneiderinnen, Plätterinnen und Schuhmacherinnen, auch Motorführerinnen, auch die „Geminettes“ (Eisenbahnerinnen) verschiedener Bahngesellschaften, darunter Schaffnerinnen, Gepäckträgerinnen, Bahnhofsgehilfeninnen.

Die Pariser Presse, auch die sozialistische und gewerkschaftliche, konnte nicht Lobes genug für den vorkriegsvollen, heitern, ja eleganten Eindruck der ersten Streiktage finden. Daß die Pferde und der Sonnenschein von Paris nicht Mangel leiden soll, erschien den Pariser nur recht und billig, meinte der Pariser Korrespondent der Z. N. und er fährt fort:

„In dem Maße, als die Streikbewegung in die unteren Frauendernisse herabstiege, änderte sich das Aussehen der Straßenumzüge. Die Frauen manifestierten nunmehr barhäuptig und in der Arbeitsschürze; ein größerer Ernst, vielfach auch ein rauherer Ton, eine resolutere Geste kennzeichnete die neuen Streikbataillone; Pelzmacher und Pelzmacherinnen, Konfektionären, Militärschneiderinnen, Federfabrikantinnen (die beschäftigten Plumassiers) durchzogen die Pariser Straße, eine anarchische rote Maske im Haar, voran die Trifolore schwingend. Man fühlte, daß hier die sozialistisch erzogene Arbeiterin in die Arena trat, die in hartem Ringen ums Dasein die Kofetterie verlernt hat, die nicht wie die Midinette auf den Gladsfall hoffen kann, der sie von der Straße in die elegante Karosse hebt, wo sie ihrerseits fleißigen Arbeiterinnenhänden befehlen darf. Aber etwas Neues, Feierliches lag auch auf diesen Frauengesichtern, das Bewußtsein ihrer korporativen Persönlichkeit, der Wille, Disziplin und Ordnung einzubringen, die Entschlossenheit der Schwachen, die sich von einer gerechten Sache durchdrungen fühlen.“

Die völlige Abwesenheit des Alkohols und der Brutalität erhebt diese Manifestationen hoch über ähnliche Veranstaltungen der Männer. Die Polizei

toleriert sie als ein republikanisches Recht, soweit sich der beruflichen Korporation keine fremden Elemente anschließen.

Die englische Arbeitswoche wurde inzwischen durch Gesetz für die Dauer des Krieges in sämtlichen weiblichen Berufen eingeführt, und Leon Bourgeois sprach bei diesem Anlaß in Parlament sympathische Worte an die Adresse von Arbeitgebern und Arbeiterinnen, die sich auf korporativem Wege anerkennen und verständigen gelernt haben. Der Streik der Midinettes aber wird als ein Zeichen der Zeit in ganz Frankreich Schule machen: „Alle Achtung“, meinte zu mir in einem entlegenen Dorfe des Oricannais ein Bauer, „alle Achtung vor den Frauen von Paris! Die wissen sich durchzusetzen!“

Schwindel mit Ersatzmitteln. Die schwerste Arbeit haben jetzt unsere Hausfrauen mit dem Einkauf der Lebensmittel und der sonstigen Bedarfsartikel für den Hausbedarf. Was auf diesem Gebiete an Schwindel und Betrug geleistet wird, übersteigt alles Dagewesene. Auf dem Gebiete des Ersatzes wird der Rekord geschlagen.

Die amtliche Untersuchungsstelle der Stadt Altenburg veröffentlicht von Zeit zu Zeit die Untersuchungsergebnisse der neuerfindenen Ersatzmittel. Die letzte Zusammenstellung betrifft folgende Artikel:

„Die Wusta“, Brotaufstrich mit Würstgeschmack, des schon öfter erwähnten Dia-Nährmittelwerkes, Leipzig, Kanister, 10 Pf., wie alle Erzeugnisse dieser Firma, in eleganten übergroßen Kartons verpackt, die 30 Gramm einer Mischung enthalten, die im wesentlichen aus gewürztem Kochsalz (90 Proz.) und Majoran besteht. Preis 25 Pf. Wert vielleicht höchstens 10 Pf. Das Mittel ist vom Kriegswuchteramt Dresden vom Handel ausgeschlossen worden.

„Pfeffer gestreift oder Zeißigs Streupfeffer ist der beste.“ Hersteller A. M. Zeißig, Leipzig. Das Erzeugnis enthält 70 Proz. Salz und im übrigen hauptsächlich Ingwer, weniger Paprika und vermutlich auch etwas Pfeffer. Der Geschmack ist unverkennlich scharf beißend und brennend. 10 Gramm kosten 15 Pf. oder das Pfund 7,50 Mk.

„Feiner Vanillin-Puder Marke Krone“ von A. Junghanns & Co., Leipzig, ist kohlenaurer Kalk (Kreide) mit Spuren (0,10 Proz.) Vanillin. 12 Gramm kosten 10 Pf. Wert höchstens ein Drittel des Preises.

„Vanillin-Saucen-Pulver Marke Krone“, von demselben Hersteller, war dasselbe, gleich teure, nur mit Teerfarbstoff gelb gefärbte Erzeugnis. (Vanillin nur 0,12 Proz.)

„Abdul-Waschmittel. Das Geheimnis des Orients, spart Geld, Zeit und Arbeit. Schont die Wäsche.“ Hersteller Waschmittel-Fabrik „Abdul“, W. Louis Schütte, Leipzig. Eine durch eine Duerwand in zwei Teile geteilte Blechbüchse enthält in dem kleineren Teil (je nach Größe) 30–50 Gramm Natriumperoxyd, in dem größeren Teil 300–440 Gramm eine Mischung hauptsächlich bestehend aus Kochsalz (82–87 Proz.) mit mehr oder weniger Salsat, etwas Soda (2–4 Proz.), Sand und ein Schaummittel (Washholz). Da das Waschmittel Natriumperoxyd enthält, handelt es sich um eines jener gefährlichen Mittel, vor deren Gebrauch kürzlich durch eine Bekanntmachung des Herzoglichen Ministeriums öffentlich gewarnt worden ist. Nicht nur, daß das Arbeiten mit Natriumperoxyd an und für sich gefährlich ist, auch kann es, wenn bei seiner Anwendung nicht genau nach Vorschrift verfahren wird, wegen seiner Acwirkung der Wäsche mehr schaden als nützen. Als Nachteil ist auch noch zu erwähnen, daß die Salzmischung von der Gefäßwand her mit einer dicken Kruste überzogen war.

Reinigungsmittel „Schmierfin“, in den Handel gebracht von Benesch & Fruchtmann, Meuselwitz, ist eine ziemlich feste Pflanzenschleim-Gallerte, die 8,2 Proz. Wasser und nur 1,2 Proz. wirksames Alkali (Soda)

gen verbreitet zu haben, ist das einzige, was die Presse oder vielmehr nur ihr offiziös geächter Flügel damals in militärischen Fragen gesündigt hat.

Sonst aber hat die Presse sich in Fragen der inneren Politik den Mund nicht verbieten lassen und es ist auch gar kein Versuch gemacht worden, ihr den Mund zu verbieten. Ueberhaupt gingen das Parteilieben und natürlich auch der Partiekampf im Kriege ihren Gang weiter, als wenn Frieden wäre. Es seien nur einige Beispiele herausgegriffen. Am 30. August erließen liberale „Notabilitäten“ einen Aufruf an das deutsche Volk, worin der Regierung die Annexion französischer Provinzen mehr noch vorgeschrieben als angeraten wurde. Das mochte der Regierung noch beunruhigt sein und vielleicht war dieser Aufruf selbst bestellte Arbeit, aber sehr unbequem war ihr schon — nach der Sprache ihrer Organe —, daß die Fortschrittspartei am 20. September eine öffentliche Kundgebung erließ, worin sie unter scharfer Kritik der Norddeutschen Bundesverfassung die Einberufung eines gesamtdeutschen Parlaments forderte, um eine gesamtdeutsche Verfassung auf freierlicher Grundlage zu beraten.

Und wie auch politischem so auch auf religiösem Gebiete. Gleichzeitig mit dem Ausbruch des Krieges hatte das vatikanische Konzil das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes verkündet, und nun ging die Raubgalerie los. Bereits am 27. Juli erhob der katholische Geistliche Michels öffentliche Anklage „vor dem Angesicht der Kirche Gottes“ gegen den Papst Pius IX. „als einen Häretiker und Verwüster der Kirche“. Am 31. August beschloffen dagegen die deutschen Bischöfe in Fulda, sich dem Unfehlbarkeitsdogma zu unterwerfen und die gleiche Unterwerfung von ihren Bischofsherrn zu verlangen. Am 3. September beanspruchte der Bischof von Paderborn von den Lehrern seiner philosophisch-theologischen Lehranstalt die Unterwerfung unter Unfehlbarkeitsdogma. Am 5. September erklärten sich wieder neun Lehrer an der Universität Breslau gegen das Dogma und am 18. Dezember begann die „Kölnische Zeitung“ „päpstliche Verleumdungen“ zu veröffentlichen, will sagen, die Namen der

enthält. Nach dem wirklichen Alkalisgehalt berechnet beträgt der Wert für 1 Pfund noch nicht einmal 1 Pf., während das „Reinigungsmittel“ (?) 55 Pf. kostet!

„Reinigungsmittel“ der Firma Emil Meigner, Zwickau, kostet im Einkauf 1,50 Mk., im Kleinverkauf 2 Mk. das Pfund. Es besteht aus einer Seifengallerte, die 93,6 Proz. Wasser und höchstens 6 Proz. Seife enthält. Nach den jetzt geltenden Seifenhöchstpreisen berechnet sich der Wert zu höchstens 20 Pf. das Pfund! Das Mittel darf außerdem nur gegen Seifenarten abgegeben werden.

„Al-Gi-Stärke-Ersatz“ war gepulverter Feim mit Zusatz von rund 45 Proz. Mineralstoffen (hauptsächlich Kreide und kohlenaurer Magnesia). Ein Päckchen mit 30 Gramm Inhalt kostet 25 Pf. Der Preis ist im Vergleich zum Wert der Ware entschieden zu hoch.

„Sonne-Stärke-Ersatz“ besteht aus 30 Teilen Kartoffelmehl und 70 Teilen schwefelsaurer Magnesia (Bittersalz). Es handelt sich also gar nicht um einen Stärke-Ersatz, sondern um wirkliche Stärke mit Zusatz von Bittersalz. Ein Beutel mit rund 30 Gramm Inhalt kostet 25 Pf., das ist mehr als das sechsfache des wirklichen Wertes.

„Feinstärke „Stärkeamol“ ist ein trockener Stärkefleischer. Ein Päckchen mit rund 30 Gramm kostet 40 Pf., das Pfund also 6,65 Mk.! Eine recht teure Stärke.

„Rudolf Lehmanns Kochstärke-Ersatz“ von Rudolf Lehmann & Co. in Leipzig, ist gepulverter Feim mit Zusatz von 15,20 Proz. Mineralstoffen (wie Gips und Kreide). Der Preis von 25 Pf. für ein Beutelchen mit 25 Gramm Inhalt oder von 5 Mk. für ein Pfund entspricht nicht dem realen Wert.

Ersatz aus gefärbtem Kalk hatte der Kaufmann Alb. Schmidt verkauft, weshalb er sich vor dem Schöffengericht in Berlin zu verantworten hatte. Wie Geh. Regierungsrat Professor Dr. Judenack in einer der einmündigen Proben feststellte, bestand der „Ersatz“ in der Hauptsache aus kohlenaurer Kalk, sogenannter Schlemmkreide, die mittels eines Teerfarbstoffes gelblich gefärbt worden war. Von den Bestandteilen des Eies wies er dagegen nur ganz geringe Mengen Eiweiß, etwa 1 Prozent durchschnittlich, auf. Trotzdem sollte 1 Teelöffel voll von diesem Schlemmkreideprodukt nach der beigegebenen Gebrauchsanweisung genügen, um „den schönsten Eierfuchen zu baden“. Der Angeklagte gab im wesentlichen zu, daß sein Fabrikationsgeheimnis richtig von dem Sachverständigen dargestellt worden sei, und führte zu seiner Entlastung an, er sei dadurch dazu gekommen, daß im Laufe der Herstellung des Eierfuches, den er nach einem gekauften Rezept angefertigt habe, Eipulver und Mehl, die wichtigsten, auch von ihm verwendeten Bestandteile, immer knapper geworden seien, und er deswegen nunmehr Schlemmkreide genommen habe. Das Gericht verurteilte ihn zu 400 Mk. Geldstrafe.

Was hier in Leipzig fabriziert wird, ist nicht auf Leipzig allein beschränkt. Berlin steht da nicht zurück. Schwindel allüberall.

Mietssteigerung.

Die offiziellen Vertreter der Hausbesitzer in Berlin wollen es nicht wahr haben, daß sie zum 1. Oktober in Berlin eine allgemeine Mietssteigerung beschlossen hätten. In der letzten Stadtverordnetenversammlung benutzte Genosse Dr. Rosenfeld die Beratung des Statuts für die städtische Feuerlosetät, den Hausbesitzern das von ihnen geplante Attentat auf die Mieter vorzuhalten. Er entfesselte damit stürmischen Widerspruch. Vertreter von Haus- und Grundbesitzern

Katholiken, die von der päpstlichen Unfehlbarkeit nicht wissen wollten. Und so mit Grazie ins Endlose.

Jedoch wurde gleichzeitig auch ein Versuch unternommen, einen Burgfrieden im heutigen Sinne des Wortes herzustellen. Der Generalgouverneur Vogel v. Falkenstein hatte von vornherein einige Dänen und Welsen, dann am 5. September auch den Braunschweiger Ausschuh der Eisenacher Fraktion ausheben lassen, weil dieser einen Aufruf für einen Frieden mit der französischen Republik und gegen die Annexion Elsaß-Lothringens erlassen hatte. Das machte zunächst kein großes Aufsehen, denn von einzelnen Organen abgesehen, ließ sich die große Masse der bürgerlichen Presse um Dänen, Welsen und Sozialdemokraten keine großen Haare wachsen. Aber als nun auch Johann Jacoby verhaftet wurde, weil er sich am 14. September gegen die Annexion Elsaß-Lothringens ausgesprochen hatte, die belläufig noch keineswegs als offizieller Kriegszweck verkündet worden war, machte sich doch ein lebhafter Unwille kund, und es kennzeichnet die Sachlage, daß zu diesen Unwilligen, nicht an letzter, sondern vielleicht selbst an erster Stelle, Bismard gehörte.

Als einer seiner Räte sich darüber freute, daß Falkenstein den „faulen Schwämer eingespunden“ habe, erwiderte Bismard wütend, wenn auch nicht wütig: „Wenn er ihn als Nitrogensfotelet geessen hätte, meinethalben, aber ihn einsperren, da hatte er nichts als einen alten dürren Juden.“ Das ist erst später bekannt geworden, aber auch auf handhafter Tat befandete Bismard deutlich genug, daß ihm die Verhaftung Jacobys höchst unvollkommen war. Er konnte sie nicht kurzweg rückgängig machen, denn in rein militärischen Sachen hatte er trotz seiner sonstigen Macht bekanntlich „nix to seggen“, und zumal war er mit dem militärischen Hauptquartier über den Fuß gespannt. Er mußte, da er die Verhängung des Kriegszustandes über die Länderlande verantwortlicher gegengezeichnet hatte, die Verhaftung Jacobys öffentlich wohl oder übel verteidigen, aber er tat es in einer Weise, die unsamer erkennen ließ, daß er die Geschichte gern aus der Welt haben wollte. (Schluß folgt.)

mehrfachen sich zum Vort. Sie legten die Berechtigung ihrer Bestrebungen dar, ihre erhöhten Ausgaben durch erhöhte Einnahmen wettzumachen, aber ein Beschluß des Bundes, jetzt eine allgemeine Mietssteigerung vorzunehmen, liege nicht vor. Wohl hätten einige Vereine darüber beraten und auch Zustimmung gefunden, erhöhte Mietsentnahmen herbeizuführen, aber von Herbeiführung einer allgemeinen Mietssteigerung könne keine Rede sein. Genosse Rosenfeld wies aus Berichten des Organes des Bundes der Grund- und Hausbesitzer, das „Grundeigentum“, die Wichtigkeit seiner Behauptung nach, was aber die Herren Hausbesitzer nicht gelten lassen wollten. Das wären einzelne, die das täten und das sei auch berechtigt, in seiner Allgemeinheit treffe aber die behauptete allgemeine Mietssteigerung nicht zu. Uebrigens, so riefen einige Hausbesitzer unserem Redner zu, sei speziell in Moabit ein bekannter Sozialdemokrat namens Meiß die treibende Kraft einer Mietssteigerung. Wir kennen in Moabit einen sozialdemokratischen Hausbesitzer dieses Namens nicht. Da müssen die Herrschaften schon deutlicher werden, wen sie meinen. Solange sie das nicht tun, müssen wir annehmen, daß sie sich solche Sozialdemokraten zurechtgemacht haben, die sich nicht nur mit Mietssteigerungen im eigenen Hause zufrieden geben — solche wird es geben — sondern, und darauf kommt es an, andere Hausbesitzer zu Mietssteigerungen anreizen.

Wir werden ja sehen, in welchem Umfange die von „Einzelnen“ angekündigten Mietssteigerungen durchgeführt werden. Die Szene im Rathhause sah einer Beschwichtigung der aufgebrachtten Mieterschaft sehr ähnlich.

Auf Graf Haeseler's Rittergut.

Die Allgemeine Deutsche Fleischzeitung schreibt: Nachdem der Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Batocki im Reichstage die Wichtigkeit der von uns über die Mißstände auf dem Gute des Generalfeldmarschalls Grafen Haeseler gebrachten Darstellung bestritten hat, (auch wir haben seinerzeit solche Veröffentlichungen gebracht, Red. d. Mitt.) haben wir, obwohl uns aus der Umgegend von Darnecop von Personen, die mit den dortigen Verhältnissen vollumfänglich vertraut sind, Mitteilungen vorlagen, welche unsere Angaben durchaus bestätigen, es doch noch für erforderlich erachtet, einen Redakteur der Allgemeinen Fleischzeitung zu eingehender Information nach Darnecop zu senden, der folgendes feststellt hat:

Nicht 500 Mutterschafe erfreuen sich ihres Daseins in Darnecop, sondern eine Herde von etwas über 1000 Schafen

Werbet Mitglieder!

Die Reichskonferenz in Gotha, die in den Oftertagen stattgefunden hat, hat den Zusammenschluß der Opposition vollzogen. Es gilt jetzt, alle Kräfte zusammenzufassen, die auf dem Boden unserer sozialistischen Auffassung stehen und neue Streiter für unsere Sache, den proletarischen Kampf, zu gewinnen. Neues Leben acht durch das Proletariat, die durch den Krieg und die Politik der Regierungssozialisten verwirrt und mißmutig gewordenen Arbeiter gewinnen das Vertrauen zur Sache wieder. Und wenn sie vorwärts wollen, müssen sie sich auf eigene Füße stellen, müssen eine selbständige Politik verfolgen. Das ist aber die Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Für sie zu wirken, ist jedes Genossen Pflicht!

Die sozialdemokratischen Wahlvereine in Groß-Berlin stehen auf dem Boden der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Sie zu stärken, ist eine dringende Aufgabe aller Arbeiter, die gerade und aufrichtig politisch kämpfen wollen. Alle die Genossen, die in der Kriegszeit infolge der Politik der Sozialpatrioten beiseite gegangen sind, aber auch alle diejenigen, die uns noch fernstehen, aber unsere Reihen wieder füllen wollen, sollen unverzüglich ihren Beitritt zu unserer politischen Organisation erklären.

Wer das nicht anders kann, fülle das untenstehende Formular aus und sende es an das Verbandsbüro der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend, Lindenstraße 3.

Genau ausfüllen!

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum
Sozialdemokratischen Wahlverein (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands).

Name

Wohnung

wird auf dem Gute gehalten, von der nicht ein Tier verkauft oder geschlachtet werden darf. Was eben einget, geht ein. Die Felle, die Wolle, das Fleisch von diesen 1000 Tieren entzieht Graf Haeseler, einer Laune willen, dem Verbrauch der Bevölkerung, und er wird darin noch durch den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes v. Batocki direkt unterstützt. Denn dieser hat vor kurzem erst persönlich dem Grafen Haeseler für seine Lieblinge sechs Zentner Haser bewilligt. Man mag dem verdienstvollen General großen, vielen Dank schulden. Dieser Dank aber kann nicht dazu führen, daß in dieser Zeit wertvolle Nahrungsmittel einer Laune geopfert werden. Der Wildbestand würde sich ebenfalls, wie die Schafe, eines recht langen Lebens erfreuen, wenn nicht die Büchsen unberechtigter Jäger das ihre täten, und wenn nicht das unvorsichtige Wild in die Nachbarforsten überträte und dort waidmännischgerecht zur Strecke gebracht würde. Der Fischreichtum des zum Gute gehörenden großen Sees soll geradezu märchenhaft sein: höchst selten erhält der Förster die Erlaubnis, für seinen Bedarf ein paar Karpfen oder Aale zu fangen; ein Fischen mit Netzen hat der Besitzer streng verboten. Hier wieder dasselbe Bild wie bei den Schafen. In den Großstädten wird das Pfund Fisch teuer bezahlt; hier aber hält Graf Haeseler ungeheure Mengen Fische in seinem Besitztum aus Laune zurück.

Findet der Präsident des Kriegsernährungsamtes dies alles berechtigt? Oder wird er nicht vielmehr aus den vorstehenden Darlegungen Veranlassung zum Einschreiten nehmen?

Verlängerung von Stadtverordneten-Mandaten.

Die lange Dauer des Krieges hat dazu geführt, das Volk von allgemeinen Wahlen zu verschonen. Die Reichstagsmandate sind um ein Jahr verlängert worden und es wird eine neue Vorlage erwogen, abermals die Mandate um ein Jahr zu verlängern. Auch mit den Mandaten für die Gemeindevertretungen und Stadtverordneten-Versammlungen ist im letzten Jahre so verfahren worden. In Berlin wurden vor zwei Jahren Stadtverordneten-Ersatzwahlen vorgenommen. Jetzt haben die Magistrate von Berlin und Charlottenburg beschlossen, die in diesem Jahre fälligen Ergänzungswahlen um ein Jahr mit der Wirkung zu verschieben, daß die Vertreter, für die eine Ergänzungswahl nötig gewesen wäre, je ein Jahr mehr und die an ihre Stelle tretenden je ein Jahr weniger in Tätigkeit bleiben. Die Stadtverordnetenmandate lauten bekanntlich immer auf 6 Jahre.

Aus der Zeit.

Die erste Klasse. Die erste Wagenklasse auf den deutschen Eisenbahnen liefert verhältnismäßig die geringsten Erträge. Sie ist deshalb unwirtschaftlich. Die Bestrebungen auf Abschaffung der ersten Wagenklasse erhalten eine starke Förderung durch die Erfahrungen während des Krieges. Nun soll die erste Wagenklasse in Zukunft noch unwirtschaftlicher werden, als sie bisher schon ist. Infolge der neuen Reichsverkehrssteuer werden die Tarife auf den Eisenbahnen eine Erhöhung erfahren. Der Kilometerpreis für die Personenbeförderung soll erhöht werden in der vierten Wagenklasse von 2 auf 2,4 Pf., in der dritten Wagenklasse von 3 auf 3,7 Pf., in der zweiten Wagenklasse von 4,5 auf 5,7 Pf. und in der ersten Wagenklasse von 7 auf 9 Pf. Die Erhöhung des Kilometerpreises würde hiernach betragen in der vierten Wagenklasse 20 Proz., in der dritten Wagenklasse 23,3 Proz., in der zweiten Wagenklasse 26,7 Proz. und in der ersten Wagenklasse 28,9 Proz.

Diese Gegenüberstellung gibt aber ein falsches Bild von der tatsächlichen Erhöhung der Fahrpreise. Man muß nämlich auch beim Vergleich zwischen heute und künftig die heutigen Wirkungen der künftig fortfallenden Fahrkartensteuer in Betracht ziehen. Wird bei Bemessung der heutigen Fahrpreise die Fahrkartensteuer berücksichtigt, so ergibt sich, daß nach den Plänen für die Tarifserhöhung künftig eine Reise in der vierten Wagenklasse im Durchschnitt um 10 Proz., in der dritten um 8,1 Proz. und in der zweiten um 6 Proz. verteuert wird, während man in der ersten Klasse nicht teurer, sondern um 1,2 Proz. billiger fahren wird als heute. Die erste Wagenklasse, die ohnehin wenig einbringt, soll in Zukunft verhältnismäßig noch weniger einbringen. Eine eigenartige Tarifpolitik!

Die Klasseneinteilung auf der Eisenbahn entspricht zwar dem Charakter unserer Zeit, es ist aber doch nicht gerechtfertigt, daß ein Teil des reisenden Publikums das auf Kosten anderer tut.

Reiche Fischfänge. Im Kattegat ist der Makrelenfischfang, wie aus Kiel gemeldet wird, äußerst ergiebig. Täglich werden 60 000 bis 80 000 Stück nach dem Hafen Kungshamn am Kattegat eingebracht. Das Jahr 1917 verspricht sonach ein günstiges Makrelenjahr zu werden. In der Schlei machen Schleswiger Fischer einen Fang, wie er seit vier Jahrzehnten nicht erzielt worden ist. Sie fingen auf einen Schlag 38 000 Pfund vorzüglicher Deringe.

Das wäre alles recht schön: wenn man Vorkehrungen trafe, daß dieser Fischreichtum, der danach in diesem Jahre zu erwarten ist, nicht wieder den Spekulanten in die gierigen Hände fiele!

Not kennt kein Gebot. In einem Thüringer Blatte lesen wir folgende Zeilen aus Arnstadt: „Gegenwärtig bei der Kohlenknappheit sucht jede sorgsame Hausfrau und jeder Hausvater sich einen Vorrat an Winterbedarf für den Ofen anzuschaffen. Allen schwebt der strenge Winter vom letzten Jahre vor und bange sieht er der Zukunft entgegen, mit dem Gedanken, was soll werden, wenn wieder eine derartige Kälteperiode eintritt. Briketts gibt es nur alle paar Wochen einen halben Zentner, der wird zum Kochen gebraucht, also geht man „ins Holz“. Städtischerseits ist großes Entgegenkommen gezeigt worden, das in vielen Fällen gemißbraucht wurde. Und doch ist das erklärlich. Der Mann ist im Schützengraben, die Lebensmittel sind knapp und dann auch noch frieren im Winter, das sind der Opfer zu viele von den schwergeprüften Frauen verlangt. Schon um 1 Uhr nachts fahren deshalb die ersten mit Handwagen hinaus, um dann früh um 6 oder 7 Uhr wieder zur Arbeit zu gehen. Die meisten der jetzt Holz holenden Leute sind früher nie hinausgegangen, nur der Krieg und immer wieder der Krieg ist die Ursache. Daß die Feldpolizei jetzt viel zu tun hat, muß zugegeben werden. Wenn auch öfters ein Auge zugedrückt wird, so kann sie doch nicht alle beide zudrücken. Besserung durch Strafe herbeizuführen, ist aussichtslos, weil ein dringender Notstand vorliegt. Bei Ausfertigung der Strafbefehle möge der Magistrat eingedenk sein, daß die Leute durch die Not zu Gesetzesverletzungen gezwungen werden. Frevel, Leichtsinns oder böser Wille liegt nicht vor. Deshalb möge man in weitestem Maße Gnade vor Recht ergehen lassen und den Schaden auf Kriegskosten buchen, wie so manches andere.“

Mit Strafbefehlen schafft man die Feuerungsknappheit nicht aus der Welt. Bei dem Holzreichtum in den thüringischen Forsten sollten Gemeinden und Staat, die Besitzer der Forsten, alle Mittel anwenden, um die Bevölkerung mit billigem Feuerungsmaterial zu versorgen. Es ist doch schon ein großes Opfer, wenn die armen Leute ihre Nachtruhe hergeben, um sich etwas Holz weit herzuholen.

Welche kolossalen Mittel durch die Rentenanstalten aufgeschwemmt werden, beweist die Uebersicht über die Angestelltenversicherung für das Jahr 1916. Diese Versicherung erzielte im Jahre 1916 eine Beitragseinnahme von 110 Millionen und im Jahre 1914 (die höchste bis jetzt erzielte Einnahme) 132 Millionen. Die Versicherung gewährt zurzeit Renten nur in Ausnahmefällen, nämlich dann, wenn durch erhebliche Beitragsnachzahlungen die Wartezeit abgekürzt worden ist. Die hauptsächlichste Leistung der Angestelltenversicherung ist vorläufig nur das Heilverfahren. Im Jahre 1916 wurden 24 179 Anträge auf Uebernahme solcher gestellt. In Wirklichkeit wurden 16 804 Personen einer Heilbehandlung unterzogen (gegen 1020 im Jahre 1915), wodurch 8 1/2 Millionen Mark Kosten entstanden. In 2003 Fällen handelte es sich nur um Zuschüsse zu Zahnerjas. Die Versicherung gewährt auch Beihilfen zur „Berufsumlernung“, dahingehende Anträge gingen 87 ein. In der kurzen Zeit ihres Bestehens hat die Angestelltenversicherung mit ihren knapp zwei Millionen Versicherten ein Vermögen von annähernd einer halben Milliarden Mark zusammengebracht. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte klagt jetzt sehr über mangelhaften Eingang aller Beiträge durch die Arbeitgeber. Es sollen schärfere Maßnahmen angewendet werden.

Geleistet wird demnach jetzt sehr wenig. Renten werden bekanntlich — von Ausnahmefällen abgesehen — erst vom Jahre 1922 gewährt und Hinterbliebenenrente vom Jahre 1918 ab. Bis dahin wird das Vermögen ins Endlose wachsen.

Kriegskinder. In der „Wiener Arbeiterzeitung“ wird unter „Kleinen Alltagslebnissen“ das folgende Geschichtchen erzählt: In der Elektrischen sieht ein junges Weib mit seinem hübschen Kinde auf dem Arme. Als ein Soldat einsteigt, beginnt der Kleine zu zappeln und zu krähen und streckt dem Burschen seine Armechen entgegen: „Papa! Papa!“ Die Frau wird dunkelrot vor Verlegenheit. „So a dummer Bua!“ sagt sie entschuldigend halb zu mir, halb zum stürmisch Begrüßten. „Seit mein Mann auf Urlaub war, halt er an' jeden Soldaten für sein' Vater.“ — „Machen S' Ihnen nit' draus,“ begütigt ein freundlicher Landstürmer, „ich hab' auch so an' Guam daham, in Weß, der mi net kennt. Gibt jetzt überhaupt mehrere Kinder in der Welt, die ihren Vater noch net oft g'sehen hab'n.“

Achtung!

Gebundene Exemplare des Mitteilungsblattes für den Jahrgang 1916/17 werden im Verbandsbüro, Lindenstraße 3, zum Preise von 3 Mark in beschränkter Zahl abgegeben.

Verantw. Redakteur: E. Leib; Verleger: A. Hoffmann; beide Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Druck: Maurer & Dimmid, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.